Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 205. Dienstag, den 2. September 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Arbeitslosigkeit und steigende Riesenprofite.

Wenn man in unserm Zeitalter der Statistik die Zahlen durchsieht, in denen sich Gütererzeugung, Güterverkehr und Güterumsatz widerspiegeln, so wird man den Eindruck gewinnen, daß das Jahr 1912 mit den größten Zahlen auf dem Weltmarkte dasteht. Und an dieser sich in der gesamten Kulturwelt vollziehenden Aufwärtsbewegung in der Industrie, die noch gute Ernten förderten, konnte die deutsche Volkswirtschaft in hohem Grade teilnehmen. Mit diesen Sätzen beginnt Robert Franz seinen soeben erschienenen Bericht über die deutschen Banken im Jahre 1912 *). In der Tat sind die Banken im letzten Jahre wieder recht gut weggekommen. Das Großkapital entfaltet sich hier immer gewaltiger, stärkt seine Uebermacht in der Industrie, und dies wirkt wiederum günstig auf die Banken zurück. Und jedes neue Jahr bestätigt, daß diese Entwicklung sich weiter und weiter vollzieht.

Am deutlichsten zeigt sich die Entwicklung in den Banken: hier, wo das Großkapital seine gewaltigen Mittel vereinigt. Deshalb ist in jedem Jahre für uns die Statistik der deutschen Banken so wichtig.

Die Zahl der deutschen Banken mit wenigstens 1 000 000 Mark Aktienkapital ist seit dem Jahre 1908 langsam gefallen. Sie betrug:

im Jahre	1908	insgesamt	214
„ „	1909	„	213
„ „	1910	„	210
„ „	1911	„	203
„ „	1912	„	201

Ihre Mittel beliefen sich auf:

im Jahre	eigene	fremde	zusammen
	Millionen Mark		
1908	4 672,1	22 886,6	27 558,7
1909	4 842,2	24 550,7	29 392,9
1910	5 042,5	26 273,2	31 315,7
1911	5 306,6	27 466,0	32 772,6
1912	5 381,5	28 207,1	33 588,6

Mithin haben die 201 deutschen Banken im letzten Jahre nicht weniger als

33 588 600 000

vereinigt: mehr als 33,5 Milliarden, eine ungeheure Summe.

Der — Lohn ist dann auch nicht ausgeblieben. Der Bruttogewinn der 201 deutschen Banken stellte sich:

im Jahre	1908	auf 661,32	Millionen Mark
„ „	1909	„ 637,43	„ „
„ „	1910	„ 701,65	„ „
„ „	1911	„ 728,18	„ „
„ „	1912	„ 767,19	„ „

Hiervon gelangten nach allen Abschreibungen und besonderen Entschädigungen mehrere hundert Millionen Mark an die glücklichen Besitzer der Aktien für ihr — Nichtstun. So wurden im letzten Jahre nicht weniger als

316 130 000 Mark

an die Aktionäre ausgezahlt.

Die Durchschnittsdividende aller Banken betrug 7,74 Prozent des Aktienkapitals.

Die wichtigste Gruppe der Banken sind die Kreditbanken. Sie sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie die augenblicklich freien Kapitalien an sich ziehen, um sie den wirtschaftlichen Unternehmungen des Großkapitals zuzuführen. Sie beteiligen sich oft an der Gründung neuer derartiger Unternehmungen und gewähren ferner Mittel zur Anlage und zum Betrieb solcher Unternehmungen. Hierdurch gewinnen sie einen großen Einfluß auf die maßgebenden Industriezweige und damit auf unser ganzes wirtschaftliches Leben.

Von den 201 deutschen Banken gehören die meisten zu den Kreditbanken. Die oben festgestellte Abnahme in der Zahl der deutschen Banken beschränkt sich auf die Kreditbanken. Ihre Zahl ist

von 169 im Jahre 1908

auf 156 im letzten Jahre gesunken. Dagegen sind die Kapitalien, die ihnen zur Verfügung standen, von Jahr zu Jahr, größer geworden. Die in ihrer Verwaltung befindlichen eigenen und fremden Kapitalien beliefen sich am Jahresschluß:

1908	auf 12 666 590 000	Mark
1909	„ 13 739 400 000	„
1910	„ 15 015 200 000	„
1911	„ 15 649 800 000	„
1912	„ 15 854 200 000	„

*) Sonderabdruck aus dem „Deutschen Oekonomist“, Berlin, Verlag von Wilhelm Christeans.

Die Statistik der Banken geht bis zum Jahre 1883 zurück. Damals gab es nur 71 Kreditbanken mit einem Aktienkapital von wenigstens 1 000 000 Mark. Sie hatten insgesamt nur 1 961 700 000 Mark zur Verfügung. Mithin sind in dieser Zeit die Kapitalien der Kreditbanken von noch nicht 2 Milliarden Mark auf mehr als 15,75 Milliarden gestiegen. Dies gewährt uns einen Einblick darein, in welchem Maße die wirtschaftichen Machtmittel des Großkapitals gewachsen sind.

Aber noch mehr! Auf die Kreditbanken und ihre großen Mitiel üben wiederum die 9 Großbanken in Berlin den entscheidenden Einfluß aus. Sie haben die größere Hälfte der Kapitalien aller Kreditbanken in ihren Händen, nämlich 8 123 000 000 Mark, so daß den übrigen 147 Kreditbanken nur noch 7 732 000 000 Mark zur Verfügung stehen.

Außerdem untersteht ein beträchtlicher Teil dieser Banken dem Einflusse der 9 Großbanken. Wenn wir dieses berücksichtigen, so finden wir, daß die 9 Großbanken zusammen mit den ihnen unterstellten Banken Ende des Jahres 1912 über ein Gesamtkapital von

13 215 000 000 Mark

verfügten. Für die übrigen Banken bleibt nur noch ein Kapital von noch nicht

2 640 000 000 Mark.

Die Großbanken in Berlin verfügen über 83,3 Prozent des Gesamtkapitals aller Kreditbanken.

An der Spitze der 9 Großbanken in Berlin endlich steht die Deutsche Bank. Sie selbst hat

2260 Millionen Mark

Dazu kommen folgende ihr unterstellte Banken:

Rheinische Kredit-Bank	mit	399
Bergisch-Märkische Bank	„	380
Dt. Ueberseeische Bank	„	312
Essener Kreditanstalt	„	271
Pfälzische Bank	„	259
Schesischer Bankverein	„	204
Hannoversche Bank	„	109
Norddeutsche Kreditanstalt . . .	„	102
Deutsche Vereinsbank	„	80
Osnabrücker Bank	„	71
Oldenburger Spar- und Leih-Bank	„	66
Danziger Privat-Aktien-Bank . .	„	61
Anhalt-Dessauer Landesbank . .	„	58
Braunschweig. Bank u. Kredit-Anstalt	„	55
Hildesheimer Bank	„	4[illegible]
Chemnitzer Bankverein	„	[illegible]
Privatbank zu Gotha	„	[illegible]
Kommerzbank Lübeck . .	„	2[illegible]
Braunschweiger Privatbank . . .	„	19
Siegener Bank	„	18
Lübecker Privatbank . .	„	10
Niederlausitzer Kredit- und Sparbank	„	9
Deutsche Treuhand-Gesellschaft . .	„	4
		4889

Also fast 5 Milliarden Mark hat die eine Bank in ihrem Machtbereich. Ueberdies stehen die für die 9 Großbanken maßgebenden Herren miteinander in Fühlung und gehen bald in dieser, bald in jener Gruppe nach gemeinsamem Plane vor. So bildet sich immer schärfer eine einheitliche Leitung des Großkapitals heraus.

Und auch hier sehen wir die goldenen Früchte. Der Bruttogewinn der Kreditbanken betrug:

im Jahre	1885	77 810 000	Mark
„ „	1888	110 480 000	„
„ „	1890	141 040 000	„
„ „	1898	218 380 000	„
„ „	1905	330 200 000	„
„ „	1906	377 080 000	„
„ „	1907	382 280 000	„
„ „	1908	417 240 000	„
„ „	1909	452 340 000	„
„ „	1910	492 780 000	„
„ „	1911	514 420 000	„
„ „	1912	531 190 000	„

Der Gewinn steigt unaufhörlich. Mögen die Ernten günstig oder ungünstig sein, mögen die Geschäfte für die andern Menschen gut oder schlecht gehen — die Kreditbanken können in jedem Jahre größere Gewinne buchen. Nach all den üblichen Abschreibungen und besonderen Entschädigungen bleiben denn auch stets einige hundert Millionen als Dividenden an die Aktionäre. Im letzten Jahre erhielten die Herren 7,65 Prozent, die Aktionäre der 9 Großbanken sogar 8,45 Prozent.

Das Gegenstück dazu ist die Not des arbeitenden Volkes, der geringe Verdienst des kleinen Geschäftsmannes und die Not der Arbeiter, die bereits jetzt von der Arbeitslosigkeit arg heimgesucht werden und noch schlimmere Zustände im nahenden Winter befürchten müssen. Wie lange soll diese widersinnige Wirtschaft noch weitergehen?

Politische Rundschau

Deutschland.

Nationalliberale Arbeitslosen-„Fürsorge“.

In einem Leitartikel befaßt sich die „Kölnische Zeitung“ mit dem „Gespenst der Arbeitslosigkeit“. Sie hält die Schilderung der gegenwärtigen Verhältnisse, mit denen die sozialdemokratische und die linksliberale Presse die „Leute graulich mache“, teils für falsch, teils für sehr übertrieben; Schwarzseher müßten schon den Rückgang der Konjunktur als eine ganz sichere Größe in ihre Rechnung einstellen, um einigermaßen Eindruck zu machen. Doch damit sei es garnicht so schlimm; sei doch unser Wirtschaftsleben nicht zuletzt dank der Wirksamkeit der großen Kartelle, stetiger geworden. Deshalb will die „Kölnische Zeitung“ angesichts der „heraufbeschworenen Gefahr der Arbeitslosigkeit“ vorläufig noch recht ruhig bleiben.

Diese Gelassenheit ist bei der „Köln. Zeitung“ wohl verständlich, umso schärfere Zurückweisung erfordern jedoch ihre Angriffe gegen die Forderung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung, an der sie kein gutes Haar läßt. — Müßiggänger — auf solcher Höhe bewegen sich ihre Argumente — Drückeberger, Faulenzer, mit ihren Arbeitsverhältnissen unzufrieden, Trunkenbolde usw. werden schwer von denen zu trennen sein, die durch die ökonomischen Verhältnisse arbeitslos würden. Und man liest weiter:

„Es ist zu befürchten, daß der arbeitsscheue Arbeitslose, wie er sich dazu gedrängt hat, in den Besitz der Unterstützung zu kommen, sich auch nicht beeilen wird, wieder Arbeit zu finden, vielmehr ihm angebotene Arbeit als unangemessen oder als zu schlecht entlohnt zurückweisen wird. Alle diese Bedenken dürfen bei einer zwangsweisen Arbeitslosenversicherung nicht unterschätzt werden, wenn man nicht hinterher zu einem Fiasko kommen will. Man muß sich bei diesem Problem immer gegenwärtig halten, daß es nicht zunächst die tüchtigen und ehrlichen Arbeiter sind, denen die Wohltat einer derartigen Versicherung erwüchse, sondern gerade die wurzellosen, ungelernten, die Gelegenheitsarbeiter, ja vielfach auch die Tagediebe.

Man sieht, lauter Einwände aus dem Scharfmacherlexikon. Und selbstverständlich dürften auch nicht die Arbeitgeber am Aufbringen der Beiträge beteiligt sein, denn — „diese könnten doch nur zu solchen Versicherungsarten herangezogen werden, aus denen ihre Arbeiter Nutzen ziehen; der Arbeitslose steht doch aber zum Arbeitgeber in gar keinem Verhältnis!“ Mit der gleichen famosen Begründung könnten unsere Arbeitgeber die Mitwirkung bei der Aufbringung der Kosten für die gesamte Sozialversicherung ablehnen, weil sie ja nie mit Bestimmtheit wissen, ob ihre „Segnungen“ gerade den Arbeitern zugute kommen, die zurzeit bei ihm beschäftigt sind.

Neben dem Ausbau der Arbeitsnachweise, die Vergebung von Arbeiten der Staats- und Kommunalbetriebe in kritischen Zeiten, der Selbsthilfe der Arbeiter kommt nun die „Köln. Zeitung“ mit dem alten Unsinn der reichsgesetzlichen Zwangssparkassen für Arbeiter! Sie schreibt:

„Wir denken da vor allem an einen reichsgesetzlichen Sparzwang der Arbeiter mit Sperrung der Beiträge. Diese Einrichtung einer derartigen Sparversicherung wäre weder umständlich noch teuer; sie könnte vielleicht an die Einrichtungen der Krankenversicherung angegliedert werden. Die Arbeiter, die nicht arbeitslos werden, bekämen nach einer gewissen Zeit die Verfügungsgewalt über einen Teil ihres Geldes zurück, während selbstverständlich auch für Arbeitslose eine gewisse Karenzzeit, innerhalb welcher sie keinen Anspruch auf Rückzahlung haben, innegehalten werden müßte.“

Die „Köln. Zeitung“ bezeichnet selber diesen Vorschlag als „gewiß nicht volkstümlich“. Und sie hat recht. Wenn die Möglichkeit zu sparen vorhanden ist, braucht man den Staat nicht und andernfalls bleibt auch ein Zwang erfolglos. Das Scharfmachertum mag sich sträuben wie es will, die Arbeitslosenversicherung wird und muß kommen.

Pfändbarer Arbeitslohn.

Nach dem Lohnbeschlagnahmgesetz ist eine Lohnpfändung aus gewöhnlichen Schulden ausgeschlossen, wenn das Gehalt 1500 Mark nicht übersteigt. Um der Gehaltspfändung zu entgehen, sind in letzter Zeit öfters Anstellungsverträge geschlossen worden, nach denen der Angestellte nur 1500 Mark als Gehalt erhält, während das Geschäft, bei dem er tätig ist, an die Ehefrau weitere Beträge zahlt, so daß unter Umständen 5—6000 Mark und noch mehr in Wirklichkeit vom Geschäft bezahlt werden, obwohl das eigentliche „Gehalt“ nur 1500 Mark

ausmacht. Das Reichsgesetz hat solche Verträge nicht ohne weiteres als den guten Sitten zuwiderlaufend erklärt, hat aber auch die Verträge nicht generell sanktioniert, so daß auf diesem Gebiete ein sehr unsicherer Rechtszustand eingetreten ist. Wie offiziös gemeldet wird, will deshalb die Reichsjustizverwaltung die Frage solcher Verträge eingehend prüfen und eventuell gesetzliche Maßnahmen vorschlagen.

Vom Teuerungsdreibund

will sich anscheinend der Zentralverband der Industriellen zurückziehen. Unter Berufung auf das Preßgesetz schickt der Geschäftsführer des Zentralverbandes, Dr. Schweighoffer, dem „Berl. Tageblatt" eine Berichtigung gegen den Satz, den der Syndikus des Bundes der Industriellen Stapff in einem Artikel des „Berl. Tagebl." ausgesprochen hat:

„Wie die Verhandlungen des Deutschen Reichsmittelstandstages zeigen, ist zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem Bund der Landwirte eine Interessengemeinschaft gebildet worden."

Zu diesem Satz bemerkt Dr. Schweighoffer:

„Es ist unwahr, daß bei Gelegenheit der Verhandlungen des Reichsdeutschen Mittelstandstages in Leipzig am 24. August d. J. zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem Bunde der Landwirte eine Interessengemeinschaft gebildet worden ist. Diese Verhandlungen ergeben, daß weder von einer Interessengemeinschaft noch von einem Kartell oder dergleichen zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem Bunde der Landwirte überhaupt die Rede gewesen ist. Alle an diese angebliche Interessengemeinschaft geknüpften Erwägungen sind demnach haltlose Kombinationen."

Eine verblüffende Berichtigung! Die gesamte Presse, ohne Ausnahme der Parteistellung, hat aus den Verhandlungen des Reichsdeutschen Mittelstandstages entnommen, daß Zentralverband, Bund der Landwirte und Mittelständler eine enge Arbeitsgemeinschaft eingegangen sind, und nicht nur das, es war aus den Verhandlungen zu entnehmen, daß sich diese Organisationen auf ein bestimmtes Arbeitsprogramm geeinigt haben. Die Konservativen und Bündler haben diese Arbeitsgemeinschaft mitsamt ihrem Programm lebhaft verteidigt, die Nationalliberalen sahen scheel, weil sie nicht zu dieser Gemeinschaft herangezogen worden sind, wobei die altnationalliberale Verbandskorrespondenz noch erklärte, daß das Programm völlig den nationalliberalen Forderungen entspreche, und die linksstehende Presse hat die Schädlichkeit des Teuerungsdreibundes verdienterweise unterstrichen. Und nun soll sich die gesamte Presse geirrt haben, wenigstens soweit der Zentralverband der Industriellen in Frage kommt, der bestreitet, an einem solchen Bunde beteiligt zu sein. Das ist sehr auffällig. Ob der Zentralverband starken Widerspruch in den Kreisen der Industriellen befürchtet, wenn er mit den Agrariern durch dick und dünn geht? Dann sollten sich die Leiter des Zentralverbandes aber mit den Junkern auseinandersetzen, die jetzt schon in der „Kreuzzeitung" und „Deutschen Tageszeitung" die Großindustrie für sich reklamieren. Die „Kreuzzeitung" versichert in ihrer Sonntagsnummer: Großindustrie und Agrarier wüßten sehr wohl, daß der Schutzzoll die Produktionskosten verteure, trotzdem müßten sie sich gegen eine Linksmehrheit im Reichstag, die den Zollschutz bedrohe, zusammenschließen, denn wenn fremde Schleuderkonkurrenz fern gehalten werde, ließe sich die Verteuerung der Produktionskosten ertragen.

Die von der konservativen Presse so schnell entdeckte Interessenharmonie zwischen Großindustrie und Agrariertum hat ja freilich durch die Erklärung Dr. Schweighoffers ein Loch bekommen.

Die ländliche Idylle.

Zum Kapitel: Leutenot auf dem Lande, steuert die „Frankfurter Zeitung" „zwei kleine Vorkommnisse aus den letzten Tagen" bei, die ihr aus Pommern berichtet werden:

„Wir befinden uns in Hinterpommern. Eine Frau vom Lande bietet Beeren feil. „Kaufen Sie mir doch etwas ab, ich brauche notwendig die paar Groschen." — „Sind Sie denn so arm?" — „Arm gerade nicht, aber wir haben einige Morgen Land gepachtet und müssen nun sehen, wie wir den Pachtzins zusammenbringen." — „Was treibt denn Ihr Mann?" — Der arbeitet auf dem Hof beim Herrn." — „Und was verdient er?" — „Eine Mark pro Tag." — „Und die Kost doch?" — „Nein, er bekommt nur eine Mark, sonst nichts." — „Wie lange arbeitet er denn?" — „Um halb fünf Uhr morgens geht er von Hause weg, denn um halb sechs „klapperts" und dann muß er anfangen, um sieben abends ist Feierabend." „Ist Ihr Mann nicht ganz gesund?" — „O, der ist groß und kräftig und kann alle Arbeiten." — „Warum arbeitet er denn für eine Mark?" — „Er wills ja auch nicht mehr lange tun, er will in die Stadt als Erdarbeiter, dort verdienen die Leute 3 bis 4 Mark pro Tag." — Und nun ein andres.

„Mehrere auswärtige Arbeiter, die auf dem Gute des Herren K. (der Name eines hinterpommerschen Besitzers) arbeiteten, zeigten sich renitent und widersetzlich, worauf Herr K. ein Jagdgewehr ergriff und einem Arbeiter ins Bein schoß. Die in dem Portemonnaie des Arbeiters befindlichen Geldstücke sind durch die Schrotkörner zum Teil sehr verbogen." Also zu lesen in einem konservativen Blättchen Hinterpommerns

Begreift man da die Landflucht? Es ist höchstens erstaunlich, daß bei solchen Zuständen nicht alle Arbeiter davonlaufen."

Das meinen wir auch.

Eine Abwehr der Scharfmacher.

Die vielseitige Absage, die das berüchtigte agrarisch-scharfmacherisch-mittelständlerische „Kartell der Arbeit" erfahren hat, läßt es dem Zentralverband deutscher Industrieller angezeigt erscheinen, das Wort zur Abwehr zu ergreifen. Er bedient sich dazu der „Post" und behauptet, daß die ganze Opposition in der Verdrehung von Tatsachen wurzele. Bei den Verhandlungen in Leipzig seien handels- und zollpolitische Fragen überhaupt nicht erörtert worden. Das mag richtig sein, daß nicht direkt über den neuen Zolltarif gesprochen wurde; aber die agrarische Presse hat gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Zollpolitik das Bindeglied ist, das diese sonst ziemlich auseinanderstrebenden Elemente einigt. Ganz besonders aber hat es dem Zentralverband ein Artikel angetan, der unter der Spitzmarke: „Industrie und Bund der Landwirte" in liberalen Blättern Bayerns veröffentlicht wurde. Der Zentralverband stellt fest, daß dieser Artikel aus der bayerischen „Liberalen Landtagskorrespondenz" stammt, und wenn nicht alle Zeichen trügen, so sei die Angabe, daß es sich um eine Zuschrift eines dem Zentralverband nahestehenden bayerischen Industriellen handelt, die freie Erfindung eines bekannten bayerischen liberalen Landtagsabgeordneten, der in keiner Weise eine Legitimation besitze, für die bayerische Industrie zu reden.

Gegen die Fremdenlegion

wird zurzeit in Deutschland mit Recht viel geredet und geschrieben, aber leider auch viel gelogen. Ueber den Kölner Schwindel-Legionär Hasselmann haben wir bereits berichtet, in ländlichen Gegenden wird aber anscheinend an Entstellungen noch mehr geleistet. So heißt es z. B. in einem Bericht des „Westf. Volksbl." aus Geseke i. Westf. über einen Vortrag:

„Der Erzähler selbst hat 7 Jahre der Fremdenlegion angehört und es bis zum Feldwebel gebracht. In den 7 Jahren hat er bei seinen Mahlzeiten auch nicht ein einziges Mal ein Stückchen Fleisch erhalten; die Nahrung bestand nur aus Reis und Brot. Ferner hat er im Laufe der ganzen Zeit nur 43 Mal das Vergnügen gehabt, auf einem Strohsacke zu schlafen; sonst hat er immer im Freien nächtigen müssen. Mit gespannter Erregung verfolgten die Zuhörer die Ausführungen des Erzählers über die verhängten Strafen. In einem der angezogenen Fälle wurden dem Sträfling die Ohren, Nase und einige Finger abgeschnitten, dann wurde der Unglückliche bis an den Oberkörper in die Erde eingegraben und mit eisernem Drahtgeflecht in Form einer Glocke überdeckt. Unter dieses Geflecht setzte man eine Anzahl ausgehungerte Ratten, die den Sträfling bei lebendigem Leibe zerfleischten, bis er endlich seinen Geist aufgab. In einem ähnlichen Falle ließ man den Verstümmelten und Eingegrabenen elend verhungern usw."

In dieser Weise „erzählte" der frühere Herr Feldwebel, richtiger wohl log er. Denn man mag ja vieles glauben von dem, was über die Fremdenlegion berichtet wird, daß aber in dieser bestialischen Weise verfahren werden könnte, ohne daß die Welt etwas erfahren hätte, das ist einfach nicht wahr. Durch solch hanebüchenen Schwindel wird mehr geschadet als genützt.

Ueber eine Vorstellung des schwindelhaften Fremdenlegionärs Hasselmann in Köln wird uns berichtet:

Im katholischen Leohause in Köln-Ehrenfeld gab Hasselmann eine seiner „Vorstellungen in drei Akten". Seine Zuhörer waren zum großen Teil Jugendliche, teilweise sogar Schulkinder, die die Lügenmärchen Hasselmanns mit gespannter Miene anhörten und die unglaublichen Roheiten, die der Mann zum besten gab, lebhaft beklatschten. So sagte er u. a.:

Als wir in Kaledonien Zwangsarbeit leisten mußten, konnten wir heiraten. Sowie wir den Wunsch ausdrückten, wurden wir in die Strafanstalt der Weiber gebracht, wo wir uns die aussuchen konnten, die uns am besten gefiel. So waren wir verheiratet. Das Weib hatte uns den Haushalt zu führen, parierte es nicht und gefiel es uns nicht, gaben wir ihm einen Tritt in den Hintern und sie konnte gehen. Ich holte mir einfach eine neue. Paßte mir die nicht, bekam auch sie einen Tritt, und ich holte mir die dritte uff.

Anstatt dem Rohling ein energisches Pfui zuzurufen, klatschte das christlich-katholische Publikum, auch die Frauen, dem Redner gerade bei dieser Stelle starken Beifall! Ein Abenteuer jagte das andere; von den eigentlichen Verhältnissen in der Fremdenlegion erfuhr man recht wenig. Zum Beweise dafür, daß seine Geschichten kein Schwindel seien, zeigte er ein Bündel Schriftstücke, die jedermann einsehen könne. Bei der Durchsicht stellte sich heraus, daß es — einige von Hasselmann geschriebene Briefe waren.

Und dieser Mann kann sich in seinen Vorträgen rühmen, daß diese polizeilich erlaubt und vom Kölner Polizeipräsidium geprüft woren seien!

Radium-Ankauf durch den Staat.

Das preußische Gesamtministerium hat sich entschlossen, 800 000 Mark zum Ankauf von Radium und Mesothorium in den nächstjährigen Etat einzustellen. Die eigentlich ganz selbstverständliche Forderung wird damit begründet, daß von den verschiedenen Universitätskliniken Preußens Anforderungen an das Ministerium gestellt worden sind. Eine höhere Summe einzusetzen, schien nicht angebracht, weil die Nachfrage nach den beiden Mitteln eine so gewaltige ist, daß sie auf lange Zeit hinaus überhaupt nicht befriedigt werden kann.

Die Sonntagswahl in Landshut.

Die am Sonntag vollzogene Ersatzwahl im bayrischen Reichstagswahlkreis Landshut hat, wie zu erwarten war, mit dem Siege des Zentrums geendet. Jedoch zeigt sich hier, wie seinerzeit auch in Weilheim, ein erheblicher Rückgang der Zentrumsstimmen. Es wurden abgegeben für den Freiherrn v. Aretin (Zentrum) 10 162 Stimmen, Eisenberger (Bauernbund und Liberal) 4920 Stimmen, Raith (Sozialdemokrat) 1541 Stimmen. Freiherr v. Aretin ist gewählt.

Bei den allgemeinen Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 erhielten das Zentrum 12 450, die Liberalen 1462, die Bauernbündler 1770, die Sozialdemokraten 1871 Stimmen. Es zeigt sich also auch in Landshut eine stärkere Abnahme der Zentrumsstimmen und ein Anwachsen der Bauernbundstimmen. Die Sozialdemokratie hat etwas abgenommen, was bei der absoluten Aussichtslosigkeit für einen Mandatserfolg erklärlich ist.

Der niederbayerische Wahlkreis Landshut ist stets eine Hochburg des Zentrums gewesen und von ihm seit Bestehen des Reiches ohne Stichwahl behauptet worden. 1903 siegte das Zentrum mit 72,3, 1907 mit 75,6 v. H. aller abgegebenen Stimmen. 1912 erhielt es noch 70,8 v. H., jetzt noch etwa 62 Proz. Bei einem Wahlkreis mit etwa 90 Proz. katholischer Bevölkerung ist das für das Zentrum immerhin ein bedenkliches Zeichen.

Die Wahl in Ragnit-Pillkallen vor Gericht.

Der konservative Reichstagsabgeordnete v. Gräfe läßt verkünden, daß er die Mitglieder des nationalliberalen Wahlbureaus wegen Beleidigung verklagen werde. Der Kernpunkt der Angelegenheit ist eine Rede des Abg. v. Gräfe, in der er gesagt haben soll, er traue den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten selbst dann nicht, wenn sie mit ihrer Unterschrift bestätigen würden, daß sie für Aufrechterhaltung der Schutzzölle stimmen wollen. Abg. v. Gräfe stellte diese Äußerung in Abrede, das nationalliberale Wahlkomitee hält dagegen daran fest, daß sie so gefallen ist.

Ein militärisches Zukunftsbild.

Der frühere Oberst und Regimentskommandeur R. Gädke berechnet in der „Zeit am Montag", welche Truppenmassen das Deutsche Reich in einem Zukunftskrieg auf die Beine zu stellen in der Lage ist. Er kommt zu dem phantastischen Ergebnis, daß im Jahre 1925 elf Millionen Soldaten ins Feld geführt werden könnten. So unglaublich und phantastisch diese Aufstellung erscheint — rechnerisch stimmt sie. Hören wir Gädke:

„Vom Herbste 1913 an wird die Jahreseinstellung an Rekruten in das Heer die Höhe von 345 000 Mann erreichen. In den 12 Jahrgängen, die der Soldat unter den Fahnen, in der Reserve und der Landwehr ersten Aufgebots zubringen muß, d. h. in den Jahresklassen, die aller Wahrscheinlichkeit nach das Feldheer bilden werden, erhalten wir somit eine Masse von 4 140 000 ausgebildeten Soldaten. Nach reichlich bemessenen Erfahrungssätzen müssen wir jedoch innerhalb dieses Zeitraumes mit einem Abgange von durchschnittlich 16 Proz. rechnen, so daß rund 3 475 000 Bewaffnete verfügbar bleiben.

Für die nächsten 6 Jahrgänge der Landwehr zweiten Aufgebots kommt nur die bisherige Einstellung von rund 270 000 Rekruten jährlich in Betracht, die insgesamt 1 620 000 Köpfe oder mit 24 Proz. Abgang rund 1 220 000 ergeben.

Bekanntlich kann im Kriegsfalle der Landsturm durch kaiserliche Verordnung jahrgangsweise gleichfalls einberufen werden, auch darf er in Fällen außerordentlichen Bedarfs zur Verstärkung des Heeres herangezogen, also auch über die Grenze hinübergeworfen werden. Bis zum Ablauf des 45. Lebensjahres, bis wohin die Landsturmpflicht dauert, erhalten wir somit im Landsturm zweiten Aufgebots weitere sieben Jahrgänge ausgebildeter Mannschaft, das sind 1 890 000 oder mit 32 Proz. Abgang rund 1 290 000 Mann.

Im Jahre 1925 wird das Deutsche Reich also im Bedarfsfalle mit einem Massenaufgebote von 5 945 000 vollkommen ausgebildeter Mannschaften rechnen können.

Aber hiermit ist unser reichliches Menschenmaterial bei weitem noch nicht erschöpft. Man kann rechnen, daß bisher alljährlich etwa 93 000 Mann der Ersatzreserve und etwa 145 000 Mann dem Landsturm ersten Aufgebotes überwiesen wurden. Die Ersatzreserve, die vorzugsweise zur Bildung der Ersatztruppenteile im Kriege bestimmt ist, zählt 12 Jahrgänge. Das ergibt 1 116 000 oder mit 16 Proz. Abgang rund 930 000 Mann der Ersatzreserve, die aller Voraussicht nach mit beträchtlichen Teilen sofort bei Ausbruch des Mobilmachungsbefehls werden eingezogen werden. Nach acht Wochen können sie soweit ausgebildet sein, daß sie im Rahmen kriegserfahrener Truppenteile militärisch verwendbar sind.

Sehr viel stärker ist aber die Zahl Unausgebildeter, die der Landsturm ersten Aufgebotes in seinem weiten Rahmen birgt. Zu ihm gehören a) die Ersatzreservisten während der nächsten 6 Jahre ihrer Militärpflicht, b) die sofort dem Landsturm I überwiesenen Dienstpflichtigen bis zum 31. März des Kalenderjahres, in dem sie ihr 39. Lebensjahr erreichen, c) die junge Mannschaft vom vollendeten 17. bis zum 20. Lebensjahre, die noch nicht im Frieden, wohl aber im Kriege gestellungspflichtig ist. Das ergibt für Klasse a etwa 360 000 Mann, für Klasse b etwa 1 390 000 Mann (12 × 80 000 + 6 × 145 000 — 24 Proz. Abgang), für Klasse c mindestens 1 500 000 Mann (3 × 517 000). Im ganzen mindestens 3 350 000 Mann.

Aber auch im Landsturm zweiten Aufgebotes befinden sich noch Unausgebildete, nämlich a) sieben Jahrgänge Ersatzreservisten (7 × 93 000), b) sieben Jahrgänge früher Landsturm ersten Aufgebots (7 × 145 000) oder mit 32 Proz. Abgang rund 1 100 000 Mann.

Somit erhalten wir an militärpflichtigen, wenn auch unausgebildeten Mannschaften die riesige Summe von

930 000 Ersatzreserve,
3 350 000 Landsturm I.,
1 100 000 Landsturm II.,
5 380 000 Köpfen.

Im ganzen beträgt im Jahre 1925 das für einen Krieg verfügbare Menschenmaterial unseres Landes

5 945 000 Ausgebildeter,
5 380 000 Unausgebildeter,

oder mehr als elf Millionen Menschen!"

In einem weiteren Aufsatz will Gädke zeigen, wie dieses Riesenmaterial an Menschen für einen Feldzug nutzbar gemacht werden kann.

Balkan.

Zu den Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien wird gemeldet, daß die Pforte auf den Vorschlag des bulgarischen Delegierten Natschewitsch, wonach die türkisch-bulgarische Grenze von Enos bis 2 Kilometer nördlich von Adrianopel und von da nach dem Friedensvertrag von San Stefano bis zum Schwarzen Meere verlaufen soll, folgenden Gegenvorschlag gemacht hat. Enos-Mustapha Pascha und die alte türkische Grenze bis zum Schwarzen Meere mit Dimotika und Ortaköy und 15 Kilometer nördlich der Maritza bis zur Vereinigung der Flüsse Ergene und Maritza, um die Bahnlinie in türkischem Besitz zu behalten.

Von einer aus Sofia in Wien eingetroffenen Persönlichkeit erhält die Bukarester Epoca Mitteilungen über Demonstrationen gegen Danew in Sofia. Zahlreiche bulgarische Soldaten umzingelten danach am letzten Mittwoch das Haus Danews. Sie zertrümmerten alle Fensterscheiben durch Steinwürfe und feuerten Re-

volverschüsse gegen das Haus ab. Ein Teil der Soldaten versuchte unter dem Ruf: Tod dem Vaterlandsverräter! das Haus Danews zu zerstören. Die Polizei konnte die Demonstranten nicht mehr bewältigen und mußte Kavallerie herbeiholen, die eine Säbelattacke eröffnete. Der Kommandant der Kavallerie-Abteilung wurde durch Revolverschüsse tödlich getroffen. Die Ruhe wurde schließlich wiederhergestellt. Danew war während der Demonstration nicht in seinem Hause.

China.

Einnahme von Nanking. Infolge einer andauernden Beschießung wurden die „Rebellen" gezwungen, Nanking zu räumen. Die Taipings, Truppen des Generals Tschangschun, sind in die Stadt eingerückt. Eine Anzahl der „Rebellen" ist durch das Südtor entkommen, aber der Rest des Regiments der „Tapferen Krieger" hält auf dem Löwenhügel aus. Der Kampf in den Straßen dauert noch an. Die „Rebellen" machen den Regierungstruppen noch viel zu schaffen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 2. September.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird Dienstag, den 2. und Mittwoch, den 3. September, abends von 8–9 Uhr, zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshaus anwesend sein.

Lübecker Geistliche im Kampf gegen den Umsturz! Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die herrschenden Kreise die Kirche als eine Einrichtung betrachten, die in der Hauptsache zur Vertretung ihrer Interessen bestimmt ist. Die politische Reaktion findet ihre zuverlässigste Stütze in der Kirche, die das allerdings in der Regel nicht offen zu erkennen gibt. Aber bei besonderen Anlässen wird gelegentlich der Mantel fallen gelassen, und dann kann man den wahren Charakter der Kirche und ihrer Angestellten recht deutlich erkennen. Der Tag des Menschenmassenmordes bei Sedan gibt noch immer vielen Leuten Veranlassung, ihr Licht als „Patrioten" und Redner leuchten zu lassen. Auch in Lübeck ist das der Fall. Senatoren, Rechtsanwälte und gewöhnlichere Kameraden bleiben da nicht zurück. Warum sollte da nicht auch einmal ein Pastor das Gotteshaus für ein politisches Versammlungslokal halten und dort gegen den Umsturz wettern? Ob das von seinem Standpunkt klug ist, sei dahingestellt; auch darüber, ob man ein solches Verfahren als geschmackvoll bezeichnen kann, wollen wir nicht streiten. Aber nützlich für die Arbeiterschaft ist es sicherlich, wenn man einmal so recht deutlich sieht, wohin der Kurs der „Diener des Herrn" steuert. Es war am letzten Sonntag, als in St. Marien der Hauptpastor Marth nach dem Amtsblatt in seiner „Predigt" ausführte:

„Leider gebe es im Innern des Reiches eine große Menge derer, die bestrebt seien, das Band der Pietät und Autorität zu lockern und die Gesetze und menschliche Ordnung zu stürzen. Demgegenüber hätten alle Patrioten die heilige Pflicht, wo immer sich die Gelegenheit biete, die Treue zu Kaiser und Reich zu betonen und zu betätigen und der Jugend ins Herz zu pflanzen. Tausende junger Leben und Ströme von Blut hätten geopfert werden müssen, um des Reiches Einheit zu schaffen . . . . Dagegen sehe man leider umsichgreifende Pietätlosigkeit, Auflehnung gegen jede Autorität und eine öde Gleichmacherei. Ihnen zu begegnen mit warmer Vaterlandsliebe, mit Ehrerbietung dem, dem nach Gaben des Geistes und Lebensstellung Ehre gebühre, mit Ehrenhaftigkeit und eiserner Pflichterfüllung in allen Dingen, sei Aufgabe aller wahren Freunde des Vaterlandes und der Jugend."

Die Arbeiter werden gut tun, sich diese politische Kirchenpredigt gegen den „Umsturz" des Pastors Marth zu merken. Es ist noch nicht lange her, da bestritt der Kollege des Sedanpastors, Herr Pastor Dencker, daß die Kirche im politischen Kampfe Partei nehme. Hier wird ihm von seinem Amtsbruder nachgewiesen, wie sehr er sich im Irrtum befand. Die richtige Antwort auf die Provokation des Pastors Marth wäre sicherlich der Austritt aus der Landeskirche!

Die Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H. hielt am 1. September d. J. ihre Generalversammlung für das 2. Quartal ab. Genosse Pape legte den Geschäftsbericht vor. Aus demselben ergibt sich, daß der Umsatz im 2. Quartal 294 013,52 Mk. betrug. Der Warenverbrauch betrug 186 148,42 Mk., die Betriebskosten, Reparaturen, Zinsen und Abgaben betrugen 99 953,61 Mk., der Reingewinn im 2. Quartal beträgt 7911,49 Mk. Verbacken wurden rund 8888 Sack Mehl, vermahlen wurden in der eigenen Mühle 808 Sack Getreide. Der Sparverkehr nimmt einen größeren Umsatz an, es wurden belegt 40 463,64 Mk. Die Summe der Aktiva und Passiva beträgt 805 937,31 Mk. Als neues Aufsichtsratsmitglied wurde Genosse H. Radden gewählt. Beschlossen wurde die Anschaffung einer automatischen Brotwig-, Wirk- und Abwiegemaschine.

Sonderzug nach Hamburg. Am Sonntag, dem 7. September, 9.20 Uhr vorm., wird ein Sonderzug von Lübeck nach Hamburg Hbf. (Ankunft 10.30 Uhr) befördert, zu dem Rückfahrkarten für die dritte Klasse zum ermäßigten Preise von 3 Mk. ausgegeben werden. Rückfahrt am Lösungstage mit allen Personen- und Eilzügen. Benutzung der D-Züge auch gegen Zuschlag nicht gestattet.

b. **Gewerbegericht** am 1. September. Das Stück eines liederlichen Lebenswandels. In einem sogenannten besseren Restaurant muß ein Geschäftsführer repräsentieren und die Gäste begrüßen können. Dazu erforderlich ist in erster Linie solides Leben, das dem früheren Geschäftsführer und Büfettier des „Rheingolds" zeitweise abgegangen sein soll. An einem Juniabend fiel seitens einiger Gäste die Bemerkung, der Sprit rieche ihm zum Hals heraus. Der Restaurantinhaber forderte von St. die Schlüssel und schickte ihn nach oben, weil er besoffen sei. Die weitere Folge war die Entlassung ohne Kündigung und Gehalt, von dem 100 Mark als Kaution einbehalten waren, um eine eventuelle Unterbilanz zu decken. Kündigung war vierzehntägig vorgesehen. Jetzt fordert der Kläger 150 Mark, die auf Grund des Vertrages bestritten werden, da sich eine Unterbilanz von 37,48 Mark herausgestellt haben soll. Zur Entlassung führt der Restaurantinhaber den § 123 der Gewerbeordnung ins Feld; da heute nur dieser eine Fall von Trunkenheit bewiesen werden konnte (das obige sei nur ein Stück einer Reihe Verfehlungen), wurde ein neuer Termin vorgeschlagen, in dem Büchin und Mamsell ihre anzüglichen Bemerkungen über den Durst des Geschäftsführers klarzustellen hätten. Weiter wurde vorgeschlagen, die Abrechnungen durch einen bestätigten Bücherrevisor nachprüfen zu lassen. Dadurch würde der Prozeß sehr in die Länge getrieben und große Kosten verursacht, so daß der Beklagte freiwillig 50 Mark bietet und zugleich die Erklärung abgibt auf weiteren Anspruch und Klage zu verzichten. St. streicht die 50 Mark ein, womit der Streitfall erledigt ist. — Unberechtigte Klage. In Weitschweifigkeiten, die mit dem Kernpunkt der Sache nichts zu tun hatten, verlor sich der Arbeiter Sch. als Kläger sowohl wie der Beklagte Kaufmann R. Die beiden paßten schlecht zueinander: der Kläger hat angeblich zu langsam geschafft und die Firmeninhaber traten ihm zu grob entgegen. Daraus folgte die Kündigung, die Sch. nach eigener Angabe mit sofortiger Niederlegung der Arbeit erwiderte. Trotzdem forderte der Kläger Lohn wegen kündigungsloser Entlassung. Er mußte abgewiesen werden einmal wegen des eigenen Bekenntnisses, dann hatte der Gegner einen Zeugen vor der Tür stehen, der bekunden wollte, daß die Schimpferei erst nach der Kündigung und Arbeitsaufgabe erfolgte. — Für den bekannten wohltätigen Zweck! Zum zweitenmal wurde gegen das Hochofenwerk verhandelt, das dem Arbeiter L. 24 Mark vom Lohn einbehielt, weil er ohne Kündigung die Arbeit aufgegeben hatte. Verlangter Vorschuß war ihm nicht bewilligt worden, weil er zu oft damit gekommen sei. L. behauptet, der Direktor der Zementfabrik habe ihm bestimmt Vorschuß versprochen; da er ihn nicht erhalten hätte, konnte er nicht einmal das Brückengeld zahlen, um zur Arbeitsstelle zu gelangen. Frau und Kinder harrten auch mittellos zu Hause. Aber die Paragraphen des Werkes sind mächtig, es sollte dem ewigen Vorschußverlangen zu unpassender Zeit gesteuert werden. Zwar versuchte L. mit Hilfe eines Zeugen zu beweisen, daß ein gegebenes Versprechen gebrochen sei, was ihn gesetzlich zum Verlassen der Arbeit berechtigt hätte. Dieser Zeuge war aber von der anderen Fakultät, von der Firma zum eigenen Schutze bestellt. Wäre sich der Kläger über die Geschichte klar gewesen, hätte er sicher nicht von seinem eigenen Direktor das bestätigen lassen wollen, was ihm eben bestritten wird. Ein früherer Mitarbeiter des Klägers konnte Belangreiches nicht aussagen. Da hilft alles nichts. Solange die armen Teufel auf dem Hochofenwerk sich nicht um Gesetz und Menschenrechte bekümmern, müssen sie eben blutigen Tribut zahlen. Ueber einige weitere Fälle, die nicht zum Urteil führten, werden wir in acht Tagen berichten.

pb. **Wer ist der Tote?** Gestern nachmittag wurde aus der Trave beim Schuppen 7 eine männliche unbekannte Leiche, anscheinend dem Seemannsstande angehörig, geborgen. Die Leiche dürfte bereits eine längere Zeit im Wasser gelegen haben. Bekleidet war die Leiche wie folgt: Blaue Kammgarnhose und gleiche Weste. An der Weste befanden sich Perlmuttknöpfe. Blaues Halstuch, schwarze Strümpfe, schwarze Schnürstiefel, blaukarriertes Hemd und graue Hosenträger. Der Verstorbene dürfte ca. 17—20 Jahre alt sein und trug blondes Haar. Eine Photographie desselben liegt im Bureau der Kriminalpolizei aus.

pb. **Verhaftet.** Festgenommen wurde ein Dienstmädchen von hier, welches seine Herrschaft fortgesetzt um Geldbeträge bestohlen hatte.

pb. **Fahrraddiebstähle.** Am 30. August dss. Js. nachmittags gegen 5 Uhr ist in Nusse ein Fahrrad, Marke „Triumph" abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen, nach oben gebogene Lenkstange und weiße, etwas abgestoßene Handgriffe. An dem Rade fehlt die Satteltasche, die Bremse und das Fabrikschild. Auf dem Hinterrade befindet sich ein neuer Laufmantel. — Am Montag, dem 25. vor. Mts., zwischen 8 und 12 Uhr abends ist vor einer Wirtschaft in Moisling ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, gerader — rechts eingebeulter — Lenkstange, Freilauf, Rücktrittbremse und den vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummern 2453 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Unterhandlungen mit Professor Max Reinhardt, deren Abschluß unmittelbar bevorsteht, werden ein interessantes Gastspiel von Vollmoeller's „Mirakel" zum Resultat haben. Vollmoeller und Humperdinck haben sich zusammengetan, um hier ein Werk zu schaffen, das von den stärksten Antrieben des Lebens, von religiöser Ekstase und schrankenloser Sinnenlust sein dramatisches Leben erhält. Eine Marienlegende bietet die Grundlage zu den tief nach innen gekehrten Wirkungen. Der Stoff behandelt die alte Sage von der jungen Nonne, die dem Kloster entflieht und aus Lebensstürmen nach Jahren sündigen Treibens dorthin zurückkehrt. Dieses Werk aber hat erst die ins Gigantische gesteigerte Regiekunst Max Reinhardts freizumachen vermocht. Er hat die in der Dichtung und Musik schlummernden Kräfte geweckt und ist ein Mitschaffender geworden, auf dessen Konto ein Großteil des Erfolges, den das Werk bisher erzielte, gebucht werden muß. Bewundernswert an dieser Regiearbeit ist vor allem die Verwendung der Massen, die eine bisher ungeahnte Wirkung auslösen. Reinhardt wird also mit seinen Dekorationen und seinen Schauspielern bei uns gastieren und den Lübeckern dieses Werk in seiner Inszenierung vorführen. Es sei deshalb schon jetzt auf dieses hochinteressante Ereignis in der kommenden Spielzeit hingewiesen. — Die Meldefrist für Tages- und persönliche Abonnements ist abgelaufen. Die Direktion sieht sich jedoch infolge der noch täglich einlaufenden Bestellungen veranlaßt, die Frist bis Sonnabend, dem 6. zu verlängern. Anmeldungen werden in der Theaterkanzlei, Fischergrube, vormittags 10—1 und nachmittags 3—6 Uhr entgegengenommen.

Säuglingsfürsorgestelle I. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Kahlhorststraße 31/33 statt.

Schwartau. Selbstmord. Heute morgen bemerkte eine Arbeiterin im Schwartauer Gehölz in der Nähe des Bahnhofes die Leiche eines jungen Mannes, der sich erhängt hatte. Genaueres über die Persönlichkeit des Selbstmörders und die Motive seiner Tat sind noch nicht bekannt geworden.

Cleverbrück. Lebendig verbrannt ist am Sonntag mittag das 17jährige Kinderfräulein des Eigentümers der Villa „Haus Carola Elisabeth", deren Kleider beim Haarbrennen Feuer gefangen hatten. Die Unglückliche, die einer brennenden Fackel glich, stürzte ins Freie, wo ihr, leider zu spät, Hilfe wurde. Im Krankenhause ist die Aermste ihren furchtbaren Verletzungen erlegen.

Mölln. Zuzug von Speicherarbeitern nach Mölln ist dringend fernzuhalten, da die hiesigen Speicherarbeiter in den Ausstand getreten sind!

w. **Mölln.** Zur Mandatsniederlegung des Stadtverordneten Bohrmann erfahren wir, daß B. das Mandat deswegen niedergelegt haben soll, weil der Magistrat die Lieferung von Wasserleitungsrohren an eine Firma vergeben haben soll, deren hiesiger Vertreter der Schwiegersohn des Bürgermeisters ist und daß diese Vergebung nicht den Ansichten Bohrmanns entspricht. Wir können nicht verstehen, daß ein Stadtverordneter einer solchen Sache wegen das Mandat niederlegt, hier hieße es unserer Meinung nach aushalten und Remedur schaffen.

w. **Mölln.** Bezüglich des Ausstandes der hiesigen Speicherarbeiter schreibt die „Möllner Zeitung", daß sich der Wechsel der Arbeiter in Ruhe vollzogen und daß soviel Ersatz zur Stelle gewesen sei, daß die verlassenen Plätze 3- und 4fach hätten besetzt werden können. Richtig ist, daß sich die Ausständigen ruhig verhalten, wie es Arbeitern, welche wissen was sie wollen, zukommt; falsch ist aber, daß sich reichlicher Ersatz gefunden hat. Weiß die „Möllner Zeitung" nicht, daß die Firmeninhaber, um nur die allernotwendigsten Arbeiten erledigen zu können, das Kontorpersonal zur Hilfe nehmen mußten und daß auch Frauen, die sonst in der Sackkammer beschäftigt werden, heute mit Arbeiten beschäftigt wurden, die sich für Frauen nicht eignen. Mit dem Ersatz ist es also vorläufig nichts und hoffen wir, daß die Arbeiterschaft soviel Solidaritätsgefühl besitzen und den Ausständigen den ihnen aufgedrungenen Kampf nicht unnötigerweise erschweren wird. Mit den Ersatzleuten werden die Firmeninhaber keine Geschäfte machen; sind die 6 Mann, die sich gefunden haben, doch Personen, die einesteils der verlangten und hier üblichen schweren Arbeit nicht gewachsen sind und anderenteils Personen, denen die Arbeit drei Schritt vom Leibe bleiben muß, die jetzt nur arbeiten, weil es gilt, den schwer schaffenden Speicherarbeitern in den Rücken zu fallen. Auch das Kontorpersonal, die Proletarier im Stehkragen sind auf diese schwere Arbeit nicht geübt und können als Ersatzarbeiter nicht gewertet werden. Für die Firmeninhaber wäre das Beste, wenn sie ihre Betriebe aufrecht erhalten wollen, daß sie sich mit ihren erprobten, leistungsfähigen Arbeitern einigten und die geringen Forderungen derselben bewilligten. An dem Kampf liegt den Arbeitern nichts, nur wollen sie die schwere Arbeit halbwegs bezahlt haben. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Haltet Ruhe und Ordnung! Der gerechten Sache muß und wird der Erfolg werden.

Hamburg. Eine größere Justizaktion wird wieder einmal gegen das „Hamburger Echo" geplant. Am Sonnabend vormittag haussuchten mehrere Polizeibeamte in den Räumen der Expedition, der Geschäftsleitung und der Redaktion. Gefahndet wurde nach dem Manuskript des in der Nummer 148 (27. Juni) veröffentlichten Leitartikels „Deutschlands Schande". Der Artikel beschäftigt sich im Anschluß an die gleichzeitig gepflogenen Beratungen zur Militärvorlage mit den Soldatenmißhandlungen und weist darauf hin, daß diese an Zahl vielleicht gegen früher etwas abgenommen hätten; an Bestialität seien sie aber leider nicht geringer geworden. Früher hätten auch die bürgerlichen Parteien die Soldatenmißhandlungen als eine Kulturschande bekämpft. Sogar ein Prinz, Georg von Sachsen, habe sich in scharfer Sprache gegen die Mißhandlungen im Heere gewandt. Nachdem in dem Artikel einige charakteristische Stellen aus dem bekannten Erlaß des Prinzen Georg wiedergegeben worden sind, heißt es weiter, daß auch heute noch diese Worte vollinhaltlich zutreffen; jedoch sei jetzt ein solcher Erlaß ganz undenkbar, weil er den sogenannten „militaristischen Interessen" widerspräche und weil man jetzt keinerlei Rücksicht mehr zu nehmen brauche auf die Anschauungen des militärfromm gewordenen Bürgertums und seiner parlamentarischen Vertreter. Aber das Volk werde dieser Kasernenbarbarei nicht allzulange mehr ruhig zusehen. Man kann gespannt darauf sein, welche Worte oder Sätze der Staatsanwalt aus dem Zusammenhang herausklauben wird, um dem verantwortlichen Redakteur einen Strick daraus zu drehen. Die Haussuchung war einstweilen ein Schlag ins Wasser. Die Beamten erbeuteten lediglich einige der fraglichen Nummern des „Echo", aber kein Manuskript. Da der Staatsanwalt erst so lange Zeit nach dem Erscheinen des Artikels eingreift, liegt die Vermutung nahe, daß erst von Berlin der bekannte „sanfte Druck" ausgeübt worden ist. Zur deutschen Preßfreiheit jedenfalls die passendste Illustration. — Der Zusammenbruch der Hanseatischen Bank. Die Hanseatische Bank A.-G., die am Sonnabend bereits ihre Kassen geschlossen hatte, versendet Montag die Mitteilung, daß einer Hauptversammlung am 23. September die Liquidation des Unternehmens vorgeschlagen wird. Bis zur endgültigen Entscheidung werden neue Zahlungen nicht mehr angenommen und nicht geleistet. Damit gibt die Hanseatische Bank ihre Zahlungsunfähigkeit zu. Ein beeidigter Bücherrevisor ist mit der Prüfung der inneren Verhältnisse beschäftigt.

Elmshorn. Vom Zuge überfahren und getötet wurde am Sonnabend nachmittag um 2 Uhr der Bahnarbeiter Kröger aus Hainholz. Der von Dauenhof zurückkommende Schülerzug fuhr kurz vor der Station in eine Weiche hinein, an der Arbeiter beschäftigt waren. Kröger bemerkte den Zug zu spät und wurde umgestoßen. Außer Verletzungen am Kopfe erlitt er einen Beinbruch. Schon ¼ Stunde nach dem Unfall erlag K. den Verletzungen.

Soltau. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am Sonntag abend gegen 10 Uhr in der Nähe der hiesigen Eisenbahnstation. Ein Automobil durchbrach die geschlossenen Schranken und stieß mit einer Lokomotive zusammen. Von den Insassen des Automobils, die sämtlich aus Fallingbostel stammten, erlitt Herr Henningsen einen Schädelbruch, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Herren Vogt und Dehning wurden leichter verletzt.

Wismar. Vielverlangt. Ein hiesiger Kaufmann hatte an eine in einem Dorfe wohnende Frau einen Brief gesandt. Dieser kam zurück mit dem Vermerk: „Verstorben, wohin unbekannt, nähere Adresse nicht hinterlassen." Das wäre auch ein bißchen viel verlangt gewesen!

Geesthacht. Ertrunken. Auf dem jenseitigen Elbufer oberhalb der Fähre geriet ein 18jähriges Mädchen aus Blankenese, das in Marschacht zum Besuch weilte, beim Waten am Strand in eine Untiefe und ertrank. Die Leiche ist geborgen.

Bremen. Tödlicher Unfall. Im Beruf verunglückt ist der Werkmeister Ernst Brandt. In dem Keller (Transmissionsraum) einer Kistenfabrik an der Baumstraße war er beschäftigt, mit einem Stück Holz einen Riemen auf eine Transmission zu legen. Dabei bekam er von dem Holze einen schweren Schlag gegen die Brust, so daß er sofort umfiel und sich nicht wieder erheben konnte. Die Sanitätswache brachte ihn in das Vereinskrankenhaus. Dort ist er seinen Verletzungen erlegen. — Ein Knabe vom Zuge überfahren. Als am Sonntag abend der Zug der hannoverschen Kleinbahn einlief, fiel in der Nähe der Eickedorferstraße der 14jährige Schüler Oswald aus einem der Eisenbahnwagen, geriet unter die Räder und wurde sofort getötet. Der Knabe soll mit mehreren anderen, Teilnehmer eines Ausfluges des Jung-Deutschlandbundes, in einem Viehwagen befördert worden sein, der an beiden Seiten offen war.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Komitee- und Kommissionssitzungen

Deutscher
Transportarbeiterverband

Festkomitee-Sitzung
am Mittwoch, d. 3. September
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
6511) **Der Vorstand.**

Gesucht zu sofort eine (6514
Frau zum Flaschenspülen
Martin Meyer, Schüsselbuden 8.

Alleinstehende Frau v. Lande
in kl. Haushalt b. Ratzeburg gesucht.
6510) Rosenstr. 17/2.

Klappsportwagen zu verkaufen.
6504) An der Mauer 44.

Zwei neue Marine-Seesäcke
zu verkaufen. Zu erfragen
6509) Beckergrube 54, II.

Ein guterhaltener, hocheleganter **Kinderwagen** billig zu verkaufen.
6508) Paulstraße 5.

Gebr. Schulränzel
zu kaufen gesucht.
6502) Kronsforder Allee 127, II.

Kl. Haus a. d. Wakenitzmauer b. Burgtor mit 3 Wohn., Mieteeinnahme 450 M, Pr. 6000 M, b. 500 M Anz sof. zu verk.
6497) Näh. Untertrave 14.

Sofa, Chaiselongue, Tisch, Stühle, Salongarnitur billig zu verkaufen. (6498
Gr. Burgstr. 36, Fl.

Ein Kinder-Klappstuhl
zu verkaufen.
6496) Lichte Querstraße 10.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (184

Offeriere
Mittwoch, den 3. September:
Reife Zwetschen
zu billigen Preisen.
Am Bahnhof, Schwartau.
Wulf, Guttau. (6513

Mittwoch, Markthalle, Std. 29:
Junges fettes **Ziegenfleisch** Pfd. 40 u. 50 ₰.

Mittwoch morgen frische Seefische, Seelachs, **Kabeljau, Schellfische, Jungen, Rotbarsche, Goldbutt** billig. Auch jeden Donnerstag verkaufe in Schwartau auf dem Marktplatze obige Seefische billigst.
Boy, Fischhandlung,
6500) Markthallenstand 46.

Ein Waggon Zwetschen
Ia. große süße Thüringer,
10 Pfd. 80 Pfg. größ. Posten billigst.
Verkauf **Markthalle,** Eingang Mengstraße, gleich rechts bei der Tür, und
6459) **Meierstraße 26.**

Rechnungsformulare
Buchdruckerei des Lüb. Volksbotes.
Johannisstraße 46.

Der wirklich **reelle Vorteil** beim **Möbeleinkauf** liegt für jeden **Möbelkäufer** darin, nur in einem **Möbelgeschäft** zu kaufen, woselbst langjährige **Erfahrungen,** großer **Umsatz** und **Abschlüsse** bei billigen **Kassa-Einkaufspreisen** vorhanden sind.

Weiter aber spielen die billigen **Geschäftsspesen,** wie z. B. die **Ladenmieten** und sonstigen **Unkosten** eine große Rolle, weil diese die **Kalkulation** für die **Verkaufspreise** bilden und bringen. Die in der heutigen Zeit immer mehr und mehr kommenden, z. T. unlauteren Anpreisungen mündlicher und auch schriftlicher Art sollten sehr scharf kontrolliert und die unter verschiedenen Umständen als billig und vorteilhaft angepriesenen Gegenstände jedesmal auf Wert verglichen werden. Zu diesem Vergleiche bieten

H. E. Koch's Möbelhäuser, Lübeck,

seit etwa **30 Jahren bestehend,**
mit dem **Hauptgeschäftshause** **Marlesgrube 45,** **Telephon 1350,**
die **allerbeste Gelegenheit.**

Es wird gebeten, diese mit dem Besuche zu beehren.

In großer Auswahl sind vorrätig:

Moderne und **stilgerechte Möbel** aller Art in den verschiedensten Holzsorten in nur **besserer Ausführung.** Dieselben sind zum Teil künstlerisch entworfen, wovon viele in der kürzlich gewesenen

Möbelausstellungsmesse in Berlin

als **neueste Erzeugnisse für Innenausstattung** von **Wohnräumen** persönlich angekauft worden sind. Hervorgehoben und genannt werden:

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafstuben, Wohnzimmer, Salons, Küchen.

Die **Schlafstubenabteilung** und zwar solche aus **echten** Hölzern bietet eine **Auswahl** von etwa **50 Zimmern,** darunter **Mahagoni** hell, mittel und dunkel; ferner **Birke, Kirschbaum,** afrik. **Birnbaum, japanische Eiche, Oliven-Esche** und viele **sonstige Eichen,** gebeitzt und poliert.

In ähnlicher **Auswahl** sind vorhanden: **Herren- und Speisezimmer, Salons, Küchen.**

Eine besondere Spezialität und Abteilung des Geschäfts sind solche Möbel, welche zur Komplettierung und Ausschmückung der verschiedenen Zimmer dienen, als: **Tische für Klubzimmer** und sonstige **Klubmöbel, Leder-Klubsessel, Schreibstühle und Sessel, Lederstühle** und **andere Stühle,** für jeden Raum, als **Diele und Küche,** für **Salon, Speise-** oder **Herrenzimmer** passend. Ferner sonstige **Kleinmöbel** der verschiedensten Art, wie z. B. **Flurgarderoben, Rohrmöbel, Ständer, Teetische** bew. **Wagen** u. a. m.

Kostenanschläge und Kataloge „nur auf Wunsch“
und „Aufforderung“ kostenlos und franko.

5 % Bar-Rabatt zu jeder Zeit auf sämtliche billigen Preise, welch letztere nach genauer und scharfer Kalkulation in Anbetracht der großen Einkäufe und niedrigen Geschäftsspesen für billige Geschäftshäuser in der Marlesgrube etc. etc. berechnet sind.

Eigene Polstermöbelwerkstatt. **Eigene Möbellackierwerkstatt.**
Großes **Möbelstoff-Lager, Drelle, Teppiche** zu allen Preisen. (6494

---

gegen Gutscheine v. 5 Pfd. 3 neusilb. Teelöffel usw., 10 Pfd. 1 Paar Ia. Solinger Messer u. Gabel od. 3 neusilb. Eßlöffel usw. (222
Schumann & Wille, Wittenberge.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 **Wickedestr. 44**
empfiehlt **alle Meiereiprodukte** in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

Kränze
Buketts u. Girlanden
6055) liefert billigst
Fr. Sehmidt
Bülowstraße 11, Marli und
Dornestraße 16 a, Holstentor.
Fernsprecher 1113.

Abfall-Lachs
Paket 20 Pfg., täglich frisch.
6556) **Fischstraße 31.**

Gedenkblatt
zur 50jährigen Jubiläumsfeier der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Preis 60 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46
und deren Kolporteure.

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

3112)
Das St.-Lorenz-Beerdigungs-Institut
Telephon 2186 **Georg Behnck,** **Warendorpstr. 4**
übernimmt **Erd- und Feuer-Bestattungen,** sowie **Ueberführungen.** Großes Lager von **Särgen, Wäsche** usw. usw.
Billigste Preise.

Waisenhaus.
Die **jährliche Hussammlung** für das **Waisenhaus** beginnt Anfang September und wird durch die Boten **J. Busekist** und **L. Lankow,** welche Ausweiskarten bei sich führen, wahrgenommen.

Seit seinem **350jährigen Bestehen** ist das Waisenhaus durch **freiwillige Gaben** erhalten worden. Wir bitten daher, auch diesmal unserer Anstalt freundlichst eingedenk sein zu wollen.

Jede Gabe wird dankbar entgegengenommen, da das **Waisenhaus stets auf die Mildtätigkeit angewiesen ist.** Dies gilt umsomehr, als die wachsenden, zum Unterhalte notwendigen Ausgaben schon seit einiger Zeit nicht mehr durch die regelmäßigen Einnahmen gedeckt werden können.

Lübeck, September 1913.
Die Vorsteherschaft des Waisenhauses.
6495)

Achtung Maler!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 3. September
6503) **abends 8½ Uhr.**
Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn **Schott**-Schwerin. Die moderne praktische Holzmalerei, ihre Entwicklung, Bedeutung und Verwendung, verbunden mit Vorführung an der Wandtafel und einer Ausstellung von Schülerarbeiten.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 3. September
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Bauarbeiterschutz-Kongreß und der Internationalen Baufach-Ausstellung.
2. Verschiedenes.

NB. Am Freitag, dem 5. Sept., findet eine **Versammlung** aller im Fliesengewerbe beschäftigten Kollegen statt. (6507
Der Zweigvereinsvorstand.

Verband der Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 3. September
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50—52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
6493) **Der Vorstand.**

Eutin.
Der
Unterhaltungs-Abend
im „Gasthof zum Deutschen Hause“ findet umständehalber erst
am 23. September statt.
Gesangverein Harmonie.
6505 **Gewerkschaftskartell.**

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Mittwoch, den 3. September:
Gastspiel Fritz Langendorf.
∴ Puppchen ∴
Du bist mein Augenstern.
Donnerstag, den 4. September:
Liebelei.
Freitag, den 5. September:
Zum 18. und leider **letzten** Male die entzückende Operette
Filmzauber.
Sonnabend, den 6. September:
Gerhard Hauptmanns neuestes Werk
Gabriel Schillings Flucht.
Schluß der tatenreichen Saison
Sonntag, den 14. September.
6501) Anfang stets 8¼ Uhr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 205. Dienstag, den 2. September 1913. 20. Jahrg.

Jubeljahr — Hungerjahr.

Ihr dürft freudig an eure Brust schlagen und eurer Arbeit und eures Standes froh sein. Durch die herrliche Botschaft des großen Kaisers Wilhelm I. eingeleitet, ist von mir die soziale Gesetzgebung weitergeführt, durch die für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung geschaffen worden bis ins Alter hinein unter Auferlegung der oft bedeutenden Opfer für die Arbeitgeber.

Wilhelm II. in Breslau.

Kaiser Wilhelm II. eilt von Fest zu Fest. Prunk und Glanz, Jubel und Freude nehmen kein Ende. Höflinge und Hofschranzen wissen das Volk in respektvoller Entfernung zu halten und Wilhelm II. mit ganz falschen Vorstellungen zu beeinflussen. So kommt es, daß Wilhelm II. von dem wirklichen Zustand der Dinge kaum eine Ahnung hat. Das beweisen seine Reden deutlich genug. Wieviele Kirchen wurden seit 1888 gebaut, wieviele Burgen wieder errichtet und wieviel Hunderttausende von Mark verschwendet, um Panzerschiffe zu bauen, Denkmäler aufzustellen und Festessen zu geben! — Wurden aber die Arbeitslosen gespeist? Nein, sie wurden ins Arbeitshaus gebracht, wenn sie betteln gingen. Baute man Obdachhäuser? Nein, das überließ man der privaten Fürsorge und den Städten. Gab man den Arbeitslosen Brot? Nein, es wurde noch verteuert durch den einst vom Kaiser verurteilten Zollwucher.

Zuletzt war Wilhelm II. in Breslau. Dort wurde nach den bürgerlichen Berichten unerhört viel getan, für Straßenschmuck, Triumphbogen usw. Gerade in Breslau aber wütet auch das Elend bei dem schaffenden Volke mit am unheimlichsten. Unser Breslauer Bruderblatt hat einige Arbeitslose darüber ausgefragt, wie sie leben und was sie zu essen haben und wie es in ihrem „Heim" aussieht, kurz, wie es steht um ihre gesicherte Existenz.

Das Blatt schreibt über das Ergebnis seiner Untersuchungen: Die fünfzehn Arbeitslosen, die wir besuchten, waren seit 10 bis 20 Wochen ohne Arbeit. Verheiratet waren 10, ledig 2, Witwer 2 und einer lebte von seiner Frau getrennt. Dieser eine war obdachlos, während die anderen, außer den zwei unverheirateten, alle einen eigenen Hausstand besaßen. Es waren alles Leute, die ganz gewiß nicht zu den „Arbeitsscheuen" zu zählen sind. In den Wohnungen sah es fast überall sauber und ordentlich aus. Viel gab es in den Wohnungen allerdings nicht zu sehen, denn alle hatten nur die notwendigsten Möbel; Bett, Schrank, Tisch und einige Stühle. Bei einigen anderen, die die Fragen nicht beantworteten, sah es so kümmerlich aus, daß es aller Beschreibung spottet. In der Wohnung eines Ehepaares mit einem Kinde standen zwei Bettstellen ohne Betten, nur die Matratzen waren darin. Der Tisch wackelte auf allen Seiten. Die Gardinen fehlten; wir glaubten eher in einen Stall zu sein als in einer Wohnung. Aber gerade ihre Bewohner haben schon alle Willenskraft verloren und geben keine Auskunft. Einer sagte uns, wenn ich alle meine Schulden zusammenrechnen soll, dann tut mir ja das Gehirn weh. Schulden sind ja überhaupt das erste, was bei den Arbeitslosen zu finden ist.

Besonders wichtig ist, daß 6 Arbeiter am ersten arbeitslosen Tage noch Schulden aus früheren trüben Zeiten hatten. Für die ist dann das Leben doppelt schwer.

Während der Arbeitslosigkeit besorgten sich 12 von ihren Freunden Geld in der Höhe von zusammen 658,60 Mark, im einzelnen 10, 9, 70, 4,60, 10, 100 Mk. Etwas niedriger, als zu erwarten war, ist die Summe der Schulden für die Waren, die sie beim Händler hatten. Der Arbeitslose scheut die Oeffentlichkeit und ehe er beim Bäcker borgt, leiht er sich von Freunden und Bekannten bares Geld. Nur 7 borgten sich Ware für insgesamt 130,21 Mk. Beim Händler borgte einer für 27 Mk., einer für 3 Mk., einer für 6,30 Mk., einer für 8,41 Mk. und einer für 19 Mk. Beim Bäcker borgte einer für 3 Mk., einer für 12 Mk., einer für 1 Mk. Einer hat überhaupt für 50 Mk. Ware geborgt.

Zwölf von den fünfzehn Arbeitslosen hatten Sachen in die Pfandleihe getragen, sieben mußten die Uhren versetzen, sechs die Trauringe, vier die Wäsche, zwei die Betten! Andere noch Anzug, Tischdecken, Gardinen, Ueberzieher und so fort. Möbel und Sachen verkauften drei, einer von ihnen für 100 Mk.

Aber nicht allein, daß viele Arbeitslose noch Schulden aus früherer Zeit hatten, sich während der arbeitslosen Tage Bargeld und Ware borgten und ihre Sachen versetzten, wurde ihre Lebenslage beunruhigt durch die größeren Ausgaben, die sie in den nächsten 30 Tagen erwarteten. Da muß einer Miete für 4 Monate, einer für 3 und einer für 2 Monate bezahlen, Möbel- und Nähmaschinenabzahlung, Steuern, Doktorrechnung, Entbindungskosten, Sterbeversicherung und Ausgaben für Schuhwerk stehen bevor.

Besondere Beachtung verdient nun die gefüllte Kompottschüssel der Arbeitslosen. Auf die Frage: Wovon leben Sie meistens?, antworteten nur neun: Von Kartoffeln, wozu meist eine Suppe tritt. Die anderen antworteten: Suppe, Brot mit Wurstfett, zwei von trockenem Brot, einer nur von Fleisch und Brot. Betteln gegangen waren bei fremden Leuten drei, bei Verwandten zwei. Selbstverständlich konnte nicht die Frage umgangen werden, ob durch die Arbeitslosigkeit häuslicher Streit entsteht. Je peinlicher die Frage war, um so offener wurde sie beantwortet. Nur zwei von den Verheirateten hatten keinen häuslichen Zwist gehabt, alle anderen gaben zu, daß die Not und „weil es nicht hin und her reicht" zu fortwährenden Differenzen führe. Ueber ihre Stimmungen und Entschlüsse, wenn wieder eine Aussicht auf Arbeit sich nicht erfüllte, sagten die Betroffenen: „Ich befasse mich mit Selbstmordgedanken." „Ich hatte die feste Absicht, einbrechen zu gehen." „Ich war niedergeschlagen." „Ich wollte auf die Landstraße gehen." „So schnell wie möglich von Breslau fort." — „Schwermut. —Trübsal. — Traurig. — Trostlos. — Aufknüpfen." — „Man dachte, den Gashahn aufdrehen, dann ist alle Not vorbei." Das sind so die Gedanken der Verzweifelten. Der die meisten Schulden hatte, schrieb einfach den Entschluß: Stehlen.

Auch die Junkerfrage: „Warum nehmen Sie keine Landarbeit an?" richteten wir an alle Arbeitslosen, die wir sprachen. Sie sagten: „Erstens würde der Verdienst nicht langen, und zweitens würde mich kein Meister mehr beschäftigen." Oder: „Wenn ich auf dem Lande bin, habe ich keine Gelegenheit, auf mein Handwerk Arbeit zu bekommen." Andere sagten: „Ich bin zu schwach dazu, und soll ich denn in der Zeit, wo ich auf dem Lande arbeite, meine Familie verhungern lassen?" Oder: „Weil mich die Bauern gar nicht einstellen würden."

Um den Zustand der Arbeitslosen noch von einer anderen Seite zu schildern, geben wir einige Angaben von einer Familie. Der Mann hat fünf Kinder im Alter von 3 Wochen bis 7 Jahren. Er ist arbeitslos geworden, weil er eine Uebung machen mußte. Dafür erhielt er 20 Mk. von der Stadt. Er hat 473 Mk. Schulden, Sachen versetzt und verkauft. Seine Frau hat in der Zeit der Arbeitslosigkeit entbunden, und nun kommen in der nächsten Zeit die Rechnungen. Er sagte mir, und hat es mir bewiesen, daß er eines Abends, als kein Brot für die Kinder da war, er die Brechstange nahm und mit einem Freunde nach den Schrebergärten ging, um zu stehlen. Unterwegs kamen sie an einem Kartoffelfeld vorbei und nun begnügten sie sich mit einem Sack voll Kartoffeln. — Andere gingen hinaus auf die Landstraße und stahlen Obst. Einer wollte seine Familie verlassen. Wir kamen gerade dazu, als Mann und Frau von den rotgeweinten Augen die Tränen abwischten.

Nicht einmal die schlimmsten Verhältnisse sind es, die uns geoffenbart wurden. In die schwärzesten Höhlen des Elends dringen wir auch nicht hinein. Und doch müssen wir hier schon fragen: Wie lange werden sich diese Familienväter, die für ihre Kinder selbst zum Dieb werden wollen, halten können? Schnell geht es bergab. Wenn der Wirt die Miete nicht mehr borgt, dann werden sie obdachlos und aus der Umgebung der Obdachlosen reißt sich selten wieder einer empor. Die Obdachlosen, die im Schwarzen Kreuz nächtigen, die viel erzählten von ihrem Leid, haben leider keine ausführlichen verwertbaren Angaben gemacht. Sie gehen betteln, holen sich von den Barmherzigen Brüdern einen Teller Wassersuppe, helfen Kohlen abladen oder ähnliches, wofür sie 30 bis 50 Pfg. erhalten, und dann schlafen sie mit den oft vom Regen nassen Kleidern auf den Holzpritschen, oder im Asyl, oder gar im Freien.

Das ist die gesicherte Existenz der Arbeiter; wer tritt vor Wilhelm II., um ihm die Wahrheit zu sagen?

Germanisatoren in Elsaß-Lothringen an der Arbeit.

Wenn Elsaß-Lothringen auch noch keine preußische Provinz ist, so will man der Bevölkerung doch alle Augenblicke zeigen, welcher Herrlichkeiten sie sich bei einer nach preußischem Muster durchgeführten Germanisation zu erfreuen haben wird. Als im Landtage der Polizeiminister Mandel anläßlich einer Interpellation wegen der Deimlingparaden in den Straßen der reichsländischen Hauptstadt erklärte, daß neben den vielen Unzufriedenen, die sich durch die Straßenabsperrungen in ihrer Erwerbstätigkeit beschränkt sehen, es auf der anderen Seite auch viele Bürger gibt, die an solchen Truppendurchzügen mit Musik Gefallen finden, hat diese ministerielle Weisheit bei der elsaß-lothringischen Bevölkerung — Einheimischen und Eingewanderten — ein Hohngelächter hervorgerufen, bei denen aber, gegen die die Interpellation gerichtet war, scheint die Ministerrede als Aufmunterung gebucht worden zu sein. Die Truppendurchzüge durch die verkehrsreichsten Straßen wurden fortgesetzt und in Hagenau hielt der kommandierende General v. Deimling ebenfalls auf einem öffentlichen Platz in der Stadt die ihm liebgewordene Parade ab. Die Proteste der Bürgerschaft und der gesamten elsaß-lothringischen Presse — mit Ausnahme einiger Lakaienblätter — waren fruchtlos. Die Herren vom Militär hatten ja die Ministerrede in der Tasche.

Am Donnerstag, dem 28. August, ereigneten sich in Straßburg allein drei Fälle, die den preußischen Kommiß in seiner herrlichsten Blüte zeigen.

Der erste Fall spielte sich in der Brandgasse ab, wo sich das Generalkommando und das Bürgermeisteramt befinden. Nachmittags um 5 Uhr wurde plötzlich die Brandgasse militärisch unter Assistenz der Polizei abgesperrt. 1 Offizier,

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(11. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

So charakterisierte in bitterem Tone Doktor Graßner das Schriftstück. Dann aber klopfte er Haltmann beruhigend auf die Schulter und fuhr fort:

„Nur ruhig Blut! Noch haben wir eine weitere Instanz, den Minister des Innern! Lassen Sie es mich nur machen!"

Doktor Graßner sandte noch am selben Tage die Beschwerde an den Minister ab und erbat sich gleichzeitig bei diesem eine persönliche Audienz.

Schon wenige Tage danach fuhr er, mit Frack und Zylinder angetan, in das Ministerium. Der Minister Graf Altenhausen war bereit, ihn zu empfangen.

„Sie kommen gewiß in der Ausweisungssache des Karl Haltmann?" fragte der Graf, nachdem er Graßner eingeladen hatte, Platz zu nehmen.

„Jawohl, Exzellenz! Hier steht eine ganze Menschenexistenz auf dem Spiele!"

Ganz leise zuckte der Minister die Achseln.

„Wenn — ich sage, „wenn"! — das der Fall ist, so bitte ich nicht zu vergessen, Herr Doktor, daß es niemand anders war und ist als der Ausgewiesene selbst, der seine Existenz durch die Verübung eines frechen Verbrechens auf das Spiel gesetzt hat! Man macht so gern die Behörden verantwortlich, wo doch nur der Leichtsinn, der Uebermut, die verbrecherische Neigung eigentlich verantwortlich gemacht werden dürfen!"

„Ich gebe die Prämisse Eurer Exzellenz, daß Haltmann durch die Verübung eines Verbrechens seine Existenz auf das Spiel gesetzt hat, als richtig zu. Aber um so schlimmer, daß ihm durch behördliche Maßregel verwehrt werden soll, diese Existenz, mit anderen Worten seine bürgerliche Rehabilitation, zurückzugewinnen! Das kann nicht recht sein, Exzellenz!"

Wieder zuckte der Minister leicht die Achseln.

„Als Jurist werden Sie selbst wissen, verehrter Herr Doktor, daß alle unsere Gesetze keine idealen sind, und daß bei ihrer Anwendung häufig genug das traurige „summum jus — summa injuria" (das höchste Recht ist das höchste Unrecht) in Erscheinung tritt. Das ist nicht zu ändern und wird nie zu ändern sein, so lange irrende Menschen Gesetze machen, die auf Millionen Fälle passen sollen, unter denen vielleicht niemals zwei ganz gleiche sich befinden! Ob nun aber im vorliegenden Falle Haltmann in der Tat das summum jus auch summa injuria ist, das möchte ich auf Grund der sehr eingehenden Erhebungen bezweifeln!"

„Darf ich Euer Exzellenz um die Güte bitten, mir von diesen Erhebungen Kenntnis zu geben, damit ich sie widerlegen kann?"

„Sie werden Ihnen ja im wesentlichen schon bekannt sein! Die königliche Polizeidirektion hat, nachdem Sie gegen die Ausweisungsverfügung Beschwerde ergriffen hatten, sich wiederholt an Staatsanwaltschaft und Zuchthausdirektion gewendet, hat auf Ihr Zeugnis, als auf das eines angesehenen und einwandfreien Mannes, über Haltmann Bezug genommen und hat angefragt, ob man auch angesichts dieses glänzenden Zeugnisses die amtliche Charakteristik Haltmanns aufrecht erhalten könne und wolle. Und da ist nun von beiden Amtsstellen, deren Unbefangenheit und Zuständigkeit zu dieser Frage Sie doch wohl nicht in Zweifel ziehen werden, der übereinstimmende Bescheid eingelaufen, daß man keine Veranlassung habe an der Charakteristik Haltmanns etwas zu ändern, daß man diesen für ein Individuum halte, das um so gefährlicher ist, als es seine wahre Sinnesart meisterhaft unter der Maske von Biederkeit und Ehrlichkeit zu verbergen verstehe. Ich wüßte nicht, wie ich auf Grund solcher Tatsachen eine Aufhebung der Ausweisung zu verfügen berechtigt wäre!"

„Verzeihen, Exzellenz, wenn ich zu widersprechen wage!" Die Zuständigkeit beider Amtsstellen zur Abgabe einer Charakteristik über einen Angeklagten oder Verurteilten muß ich durchaus in Abrede stellen. Denn die Staatsanwaltschaft sieht einen solchen Menschen, von dem und von dessen Charakter sie vorher vielleicht niemals etwas gehört hat, nur unter dem Gesichtspunkt der begangenen strafbaren Handlung an; sie begeht das gefährliche Wagnis, den Charakter dieses Mannes danach zu beurteilen, wie er sich ihr in einer einzigen verhängnisvollen Stunde kundgegeben und enthüllt hat. Sollte das wirklich eine Unterlage sein, um einen ganzen Charakter für Vergangenheit und Zukunft zu ergründen? Und eine Strafanstaltsdirektion, die ebenfalls von dem Verurteilten bis dahin vielleicht noch niemals ein Wort gehört hat, sieht ihn wiederum nur mit den Augen der Staatsanwaltschaft an oder auf Grund des gegen ihn ergangenen gerichtlichen Urteils, das nach Lage der Sache natürlich auch nur die schlimme Seite eines Charakters hervortreten lassen wird."

„Sie vergessen, Herr Doktor", fiel der Minister ein, „daß gerade die Direktion einer Strafanstalt während der Strafverbüßung eines Verurteilten Gelegenheit zur Genüge hat, seinen Charakter ganz gründlich kennen zu lernen!"

„Ich bitte wiederum um Verzeihung, Exzellenz, wenn ich auch in diesem Punkte zu widersprechen genötigt bin. Nach meiner Auffassung ist die Direktion einer Strafanstalt überhaupt niemals in der Lage, in bezug auf den Charakter der Insassen die Wahrheit zu finden. Daran verhindert sie schon der Zwang, unter welchem alle diese Leute leben und handeln, und der sie natürlich zur Heuchelei und Verstellung verleitet, wenn sie bei der Strafanstaltsdirektion nicht eine schwarze Note erhalten wollen. Gerade der Umstand, daß Haltmann sich in der Strafanstalt schlecht geführt hat, ist mir ein schlagender Beweis dafür, daß er ein fester, allem Niedrigen abgeneigter Charakter ist; denn wäre er das nicht, so hätte er im Zuchthaus genau wie die andern gelogen und betrogen, geheuchelt und geschmeichelt — und er hätte das glänzendste Führungsattest für sich erschlichen.

Der Minister wiegte nachdenklich das Haupt.

„Mag sein, Herr Doktor, daß Ihre Ansicht manches für sich hat. Aber ich kann doch nur auf Grund der Zeugnisse der Behörden urteilen!"

„Auch wenn sie durch die Tatsachen widerlegt werden, Exzellenz?"

Wieder zuckte der Minister die Achseln.

Die kurze Zeit, in der Haltmann bei Ihnen ist, kann ich gegenüber schwerwiegenden Zeugnissen der Amtsstellen ganz unmöglich als hinreichend zur Widerlegung der letzteren ansehen. Handelte es sich um Jahr und Tag, in denen der junge Mann sich gut geführt hätte, dann läge die Sache wohl etwas anders. Die paar Wochen aber sind doch nicht geeignet, die Ansicht staatlicher Behörden zu entkräften; daß Haltmann ein um so gefährlicheres Individuum sei, als er seine wahre Sinnesart vortrefflich hinter einer Maske von Biederkeit und Ehrlichkeit zu verbergen verstehe. Die Polizeidirektion hat gerade unter Hinweis auf dieses Argument sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Aufhebung ihrer Ausweisungsverfügung ausgesprochen."

„Aber Exzellenz," fiel Graßner mit leichter Erregung ein, „ist es denn zu viel verlangt, wenn man fordert, daß die Ausweisung in einem Falle, wie dem vorliegenden, erst dann stattfinde, wenn der Bestrafte tatsächlich sich als sicherheitsgefährliches Individuum erwiesen hat?"

Der Minister lächelte leise.

„Dazu bietet das bestehende Gesetz keine Handhabe, und das hieße doch in vielen Fällen die Hühner erst dann in Sicherheit bringen wollen, wenn der Marder sie gefressen hat. Verbrechensprophylaxe — das ist unsere Aufgabe!"

„Nie und nimmer, Exzellenz," entgegnete Graßner lebhaft, „heißt das, der Begehung von Verbrechen vorbeugen! Ganz im Gegenteil, ein solches Verfahren ist geeignet, die Leute dem Verbrechen direkt in die Arme zu treiben. Was soll Haltmann tun, wenn er ohne Stellung, ohne Mittel von

2 Unteroffiziere, 5 Soldaten und 2 Schutzleute hielten Wacht, daß kein Fußgänger und kein Wagen passieren konnte. Der gesamte Verkehr war lahmgelegt. Warum? Vom Generalkommando wurden die Fahnen eines der vielen in Straßburg stationierten Infanterieregimenter abgeholt. Diese Behandlung des steuerzahlenden Publikums veranlaßte sogar ein regierungsfreundliches Blatt, die „Str. Bürger-Ztg.", zu folgender Kritik: „Die Willkür desjenigen Herren, der diese Absperrung anordnete, ist aufs schärfste zu tadeln! Die Straßen und ihr Verkehr gehören in allererster Linie der steuerzahlenden, gewerbetreibenden Bevölkerung. Schade, daß Unterstaatssekretär Mandel gestern nicht zufällig Augen- — oder besser gesagt — Ohrenzeuge der Vorgänge war: es wäre ihm klar geworden, wie unangebracht seine Ansichtsäußerungen im Landtag über die bürgerliche Auffassung gelegentlich der Broglieparade in Verbindung mit der Gießhausgassensperrung war."

Das war am Nachmittag! In der Nacht gegen ¼4 Uhr spielte sich der zweite Fall ab. Von der Hauptwache her zogen vier Militärmusiker in Begleitung von zwei Offizieren — alle in Uniform — unter Trompetengeschmetter mit Geigenbegleitung durch die Straßen, indem die Musik das in Straßburg so beliebte Lied: „Ich bin ein Preuße . . ." in allen Tonarten zu Gehör brachte. Der Gesellschaft, die anscheinend angeheitert war, trat bald darauf eine Schutzmannspatrouille entgegen. Der Erfolg? Die Trompeten schmetterten, angefeuert durch die befehlenden Zurufe der beiden Offiziere, einfach weiter. Die Schutzmannspatrouille war für die Gesellschaft Luft.

Zu diesen militärischen Glanzleistungen gesellte sich am Bahnhof noch ein dritter Fall. Abends um 11 Uhr war nach einer Mitteilung eines bürgerlichen Blattes im Empfangsraum des Hauptbahnhofes ein Kavallerieoffizier gerade im Begriff, mit einer Dame den Bahnhof zu verlassen, als ein etwa 17jähriges Mädchen dem Paar entgegentrat und dem Offizier eine schallende Ohrfeige versetzte. Anstatt den Ausbruch einer gekränkten Liebe zu ignorieren, zog der Offizier blank, um seine verletzte Ehre zu reparieren. Ein anwesender Feldwebel hatte soviel Geistesgegenwart, sich zwischen die Streitenden zu werfen und so größeres Unglück zu verhüten. Der Leutnant zog hierauf ab. Unterwegs jedoch besann er sich eines anderen. Er kehrte zurück und wollte den Feldwebel, der den Ausspruch getan hatte: „Pfui, das ist eine Schande für die gesamte deutsche Armee," zur Rede stellen. — Eines Kommentars zu dem Verhalten des Offiziers, der einem Mädchen mit dem Säbel gegenübertreten und den Feldwebel, dem er eigentlich zu Dank verpflichtet ist, zur Rede stellen will, bedarf es nicht. Die elsaß-lothringische Bevölkerung, die gleich drei solcher Kostproben des „schönsten Standes" an einem Tage genießen durfte, hat sich ihren Kommentar schon längst gemacht.

Recht interessant wird aber die Besprechung dieser Vorfälle im Landtage werden. Ob der Polizeiminister Mandel sich dann auch noch hinstellen und erklären wird: Es gibt Leute, die Spaß an solchen Dingen haben? — Man sollte es kaum annehmen. Aber in Elsaß-Lothringen ist ja kein Ding mehr unmöglich.

Sankt Sedan.

In des Jahres Kreislauf sind wir einmal so weit gekommen, daß das brüllende Hurra des Sedanfestes über die Blachfelder schallt. Schulkinder schwenken schwarz-weiß-rote Fähnchen, patriotische Oberlehrer kauen: „Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!" zwischen den Zähnen und die Begeisterung erprobter Kriegervereinler schwimmt auf Bierlachen daher.

Nach dem Schlachten auf dem Felde von Sedan: Leichenhügel, zerfetzte Menschenleiber, herausgeronnenes Hirn, Blutbäche, Pferdekadaver im Dunst der Verwesung, niedergebrannte Häuser, Entsetzen, wohin der Fuß trat, Entsetzen, wohin der Blick fiel . . . und heute, zum Gedächtnis an diese namenlose Greuel fidele Biermusik, mindestens fidele Bierreden, ein Hurra Hoch ums andere, und Sacklaufen und Stangenklettern, und was sonst noch. Als militaristische Kirchweih wird der blutigsten Tage einer gefeiert, Sankt Sedan!

Aber nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit, sondern auch der Politik kehren wir diesem Treiben den Rücken zu. Zwar läßt sich aus historischer Perspektive recht wohl verstehen, daß Deutschlands herrschende Klasse sich so inbrünstig an die Schlachttage von Anno 70 klammert, denn vor diesem Jahre stellte das deutsche Bürgertum, belächelt und verachtet, unter den Nationen Europas die Gevatter Schneider und Handschuhmacher dar. In der kurz nach Sedan herausgegebenen Adresse des Generalrats der Internationalen spricht Karl Marx von der deutschen Mittelklasse, die „in ihren Kämpfen für die bürgerliche Freiheit von 1848 bis 1870 ein nie dagewesenes Schauspiel von Unschlüssigkeit, Unfähigkeit und Feigheit gegeben hat" und die natürlich höchlichst entzückt gewesen sei, „die europäische Bühne als brüllender Löwe des deutschen Patriotismus zu beschreiten", und in ebenderselben Löwenhaut fühlt sich ebendieselbe Masse bis auf unsere Tage kannibalisch wohl. Im Grunde ein Geschlecht von Zwergen, das nicht im Feuer bürgerlicher Revolutionen zum Selbstbewußtsein gestählt wurde und das ohne große historische Erinnerungen traditionslos durch die Weltgeschichte schleicht, ist es, das sich durch patriotische Siegesfeste mit Musik und Feuerwerk in die erhabenen Sphären einer eingebildeten Größe hinauftäuscht. Das französische Bürgertum feiert den Bastillensturm, das deutsche Sankt Sedan — es klafft ein Abgrund zwischen diesen beiden Tatsachen und dem, was dahintersteht.

Nun redet sich allerdings der landläufige Patriotismus damit heraus, daß der Tag von Sedan eben als Höhepunkt des Krieges gefeiert werde, in dem mit Blut und Eisen die deutsche Einheit zusammengeschweißt wurde. Aber auch hier ist für die deutsche Arbeiterklasse des Jubelns kein Grund. Als 1870 Schlachtenlärm und Siegesrausch die Hirne verdrehten, fand sich unter den wenigen kühlen Köpfen auch der demokratische Dichter Georg Herwegh. Der griff, schmerzlich bewegt, in seiner Leier Saiten und sang, Poet und Prophet in einem:

Das Blut von Wörth, das Blut von Spichern,
Von Mars-la-Tour und Gravelotte,
Einheit und Freiheit soll es sichern —
Einheit und Freiheit? Großer Gott,
Geeinigt wird Alt-Deutschland stehen;
Dem Rausche folgt ein Katzenjammer,
Daß euch die Augen übergehen.

Der Katzenjammer kam in der Tat hinter dem Rausche drein, noch heute tränen uns die Augen. Unmittelbar nach der „Einheit und Freiheit" Deutschlands begann Bismarcks sinnloses Wüten gegen die Staatsbürger katholischen Glaubens, seltsamerweise „Kulturkampf" getauft, und kein Jahrzehnt war seit dem Jubel von Sedan verstrichen, da hatte Bismarck das geeinte Deutschland in die eisernen Maschen eines Ausnahmegesetzes eingeschnürt und ließ die mißliebigen Vorkämpfer der Arbeiterklasse in dem einigen Vaterland von Ort zu Ort, von Stadt zu Stadt hetzen, wie es in den Tagen unmöglich gewesen, als Deutschland in zwei Dutzend Vaterländer auseinanderfiel. Und fragen wir heute nach Einheit und Freiheit, nach Freiheit zumal, so antwortet wieder des Dichters Stimme seufzend: „Einheit und Freiheit? Großer Gott!"

Am allerwenigsten aber haben wir im Jahre der gigantischsten aller Militärvorlagen Grund und Anlaß, mit den Sedanpatrioten zu heulen, denn forscht man nach den Ursachen für den überwuchernden Militarismus, den Chimborasso an Reichsschulden und die stets drückenderen Steuerlasten, so muß man geradezu auf den Tag von Sedan zurückgreifen. Bis Sedan war der Krieg eine historische Notwendigkeit, denn bis dahin erstreckte sich die Abrechnung mit dem bonapartistischen Abenteurer an der Seine, in die Falle gelockt von dem bonapartistischen Abenteurer an der Spree, namens Bismarck. Von Sedan aber begann, trotzdem Wilhelm und seine Paladine vorher feierlich das Gegenteil versichert, der Eroberungskrieg gegen das französische Volk mit dem Ziel, Frankreich zwei seiner reichsten und besten Provinzen zu entreißen. Dies aber brachte Deutschland wenig Glück, denn es nährt in Frankreich bis heute das Revanchefieber, es warf die Republik in die Arme des russischen Zarismus und weckte durch dieses Bündnis in Berlin die stets von neuem ausbrechende Furcht vor einem Angriff von zwei Fronten. Der diesjährige Ausbruch dieser Furcht kostet uns weit mehr als eine Milliarde Mark, und wenn man dergestalt die Folgen von Sedan ermißt, wird der 1. September vollends kein Tag des Jubels.

Als Blücher 1814 als Sieger in Paris einzog, wollte der alte Berserker die Jenabrücke, ein Denkmal von Preußens Schmach, in die Luft sprengen lassen. Das war immer noch ein Patriotismus, der mit Chauvinismus nahe verwandt war. Wir aber wollen den militaristisch-chauvinistischen Nationalheiligen Sankt Sedan aus dem Kalender löschen, einmal, damit nicht immer wieder das Gedächtnis an jene Massenzerfleischung trennend zwischen das deutsche und französische Volk tritt; zum zweiten, weil dieses lärmende Fest dem deutschen Volk in den Augen des Auslandes den Stempel des angriffslustigen Chauvinismus aufdrückt, und zum dritten, weil der politischer Freiheit noch nicht wert ist, wer ein Sedan unbefangenen Herzens zu feiern vermag.

Aus der Partei.

Reichstagskandidatur. Für den 10. württembergischen Reichstagswahlkreis Göppingen-Gmünd, in dem bisher Genosse Dr. Lindemann kandidierte, wurde in einer außerordentlichen Kreisversammlung Genosse Crispin, Redakteur der „Stuttgarter Tagwacht", als Kandidat aufgestellt. Dr. Lindemann, der den Kreis von 1903 bis 1906 schon im Reichstag vertreten hatte, lehnt eine neue Kandidatur ab.

Eine Bebel-Büste, modelliert von dem Berliner Bildhauer Obst, wird in kurzer Zeit fertiggestellt sein. Es soll dafür Sorge getragen werden, daß die Abgüsse der Büste, deren Herstellung vom Künstler persönlich überwacht wird, in den weitesten Kreisen der Parteigenossen Eingang finden. Es sind aus diesem Grunde drei verschiedene Größen in Vorbereitung. Größe A ist 80 Zentimeter hoch und besonders für Säle geeignet. Der Preis beträgt 20 Mk. Größe B ist 60 Zentimeter hoch und eignet sich für kleinere Säle und Vereinszimmer. Der Preis ist 15 Mk. Für das Heim der Arbeiter wird besonders eine Ausgabe geeignet sein. Eine Büste, die 20 Zentimeter hoch ist und einen würdigen Zimmerschmuck bildet. Diese Büste wird zu dem geringen Preise von 2 Mk. abgegeben. Den Generalvertrieb für diese Bebelbüsten hat unser Berliner Parteiverlag, die Buchhandlung Vorwärts, übernommen. Bestellungen nehmen jetzt schon alle Parteibuchhandlungen entgegen.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

II.

Als gegnerische Gewerkschaftsrichtungen kommen hauptsächlich zwei Gruppen in Betracht, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, seit 1869 zentralisiert, und die christlichen Gewerkschaften, seit 1899 zu einem Gesamtverbande vereinigt.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben den schweren Verlust, den der Austritt des Vereins Deutscher Kaufleute ihnen brachte, noch nicht wieder überwinden können. Ihre Mitgliederzahl ist von 107 740 auf 109 225, also nur um 1485 oder 1,37 Proz. gewachsen. Eingegangen sind die Organisationen der Gärtner (1911: 20 Mitglieder), Kaufleute (100) und Wäger (54 Mitglieder); neue Organisationen wurden nicht gegründet oder aufgenommen.

Die Gewerkvereine hatten seit 1900 im Jahresdurchschnitt Mitglieder:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1900	91 661	1907	108 889
1901	96 765	1908	105 633
1902	102 851	1909	108 028
1903	110 215	1910	122 571
1904	111 889	1911	107 743
1905	117 097	**1912**	**109 225**
1906	118 508		

Von den einzelnen Gewerkvereinen zählten im Jahre 1912 Mitglieder: die Maschinenbauer und Metallarbeiter 44 604 (+ 894), die Fabrik- und Handarbeiter 17 997 (— 221), die Eisenbahner Württembergs 8000 (— ?), Textilarbeiter 6225 (+ 120), Holzarbeiter 5411 (+ 17), Schuhmacher und Lederarbeiter 5150 (+ 120), Schneider 4639 (+ 119), Bergarbeiter 3156 (— 789), Brauer 2484 (+ 185), Zigarren- und Tabakarbeiter 2017 (— 44), Maler, Lackierer 1703 (+ 30), Töpfer, Ziegler 1458 (— 32), Gemeindearbeiter 1324 (+ 41), Eisenbahner, Breslau 1300 (+ 100), Bauhandwerker 1150 (+ 190), Kellner 688 (+ 595), Frauen und Mädchen 668 (— 62), Selbständige Ortsvereine 550 (+ 370), Bildhauer 317 (— 19), Bäcker und Konditoren 300 (+ 33), Küfer 54 (+ 2), Reepschläger 30 (— 3), Gärtner — (— 20), Kaufleute — (— 100) und Wäger — (— 54).

Die Gesamteinnahmen der deutschen Gewerkvereine werden auf 2 786 341 Mk., die Gesamtausgaben auf 2 345 310 Mk. und die Gesamtvermögensbestände auf 1 828 851 Mk. angegeben. In diesen Ziffern sind aber nicht allein die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkvereinskassen enthalten, sondern auch diejenigen der organisch getrennten Kranken-

---

Ort zu Ort ziehen, sich auf der Landstraße herumtreiben muß?"

„Die Befugnis zur Ausweisung bestrafter Individuen besteht, wie Sie selbst wissen, Herr Doktor, nur während zweier Jahre nach erfolgter Verbüßung der Strafe. Ist diese Bewährungsfrist vorüber, ohne daß der Betroffene aufs neue bestraft wurde, so kann ihm an keinem Orte mehr das Niederlassungsrecht streitig gemacht werden. Und ich meine, zwei Jahre sind für den, der einen ehrlichen Willen hat, keine lange Zeit!"

„Gerade lang genug, Exzellenz, um zu verhungern, sich aufzuhängen, oder eine neue Straftat zu begehen, wenn man weder zum Verhungern noch zu einem Selbstmord Neigung hat!"

„Sie sind bitter, Herr Doktor!"

„Muß ich's nicht sein? Ich sehe einen frischen, tapfern, ehrlichen Menschen vom Ruin bedroht, ich sehe mir einen fleißigen, gewissenhaften, zuverlässigen Gehilfen entrissen — und das alles nur, um den Buchstaben einer Vorschrift zu erfüllen, die der Gesetzgeber niemals erlassen haben würde, wenn er hätte ahnen können, zu welchen Folgen sie führte. Und glauben Exzellenz wirklich, daß diese Vorschrift auch nur ein einziges Verbrechen, das ernsthaft und mit Ueberlegung geplant wird, zu verhindern geeignet ist? Und wenn das Verbrechen infolge der Ausweisung nicht an dem einen Orte stattfinden kann — so wird es eben an einem anderen Orte zur Ausführung gebracht! Wo ist nun da die Verbrecherprophylaxe? Was ist für Staat und Gesellschaft der Unterschied, ob dasselbe Verbrechen in X oder vielleicht in Z. begangen wird?"

„Das sind Fragen, verehrter Herr Doktor, die de lege ferenda, wie ich zugebe, sehr wohl angebracht sind, die aber für mich aus der Erörterung ausscheiden. Die Aufgaben des Gesetzgebers sind andere, als die des Gesetzhüters, und selbst die berechtigte Kritik an einem bestehenden Gesetz vermag die Wirkungen des letzteren nicht zu beseitigen. Ich persönlich bedauere ja gewiß das Schicksal Ihres Gehilfen — aber das bestehende Gesetz bietet mir keine Möglichkeit, es zu ändern. Der junge Mann soll sich in das Unvermeidliche fügen und uns in einer zweijährigen Bewährungsfrist beweisen, daß wir unrecht hatten. In diesem Falle werde ich mich auf Antrag gern bereit finden lassen, aus dem mir für solche und ähnliche Fälle zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds Herrn Haltmann gewissermaßen als Entschädigung einen Betrag anzuweisen, der ihm erkennen lassen wird, daß ich durchaus kein herzloser Gesetzmensch bin. Ob die Polizeidirektion im vorliegenden Falle nicht besser von einer Ausweisung abgesehen hatte, ist eine Frage, die ich weder bejahen noch verneinen kann; nachdem aber die Ausweisung einmal beschlossen ist, sehe ich keine Tatsachen, die ihre Begründung zu entkräften vermöchten, und ich bedaure deshalb, Ihnen, Herr Doktor, nicht dienlich sein zu dürfen."

Der Minister erhob sich. Die Audienz war beendet, die letzte Instanz vergeblich angerufen, Karl Haltmanns Schicksal entschieden. Von der Behörde war er um Brot und Lohn gebracht.

Kopfschüttelnd verließ Graßner das Ministerium.

So war denn die Katastrophe eingetreten: Haltmann hatte den Ausweisungsbeschluß zugestellt erhalten mit der Aufforderung, die Hauptstadt binnen acht Tagen zu verlassen, widrigenfalls er seine zwangsweise Abschiebung zu gewärtigen habe.

Doktor Graßner war rastlos tätig, Haltmann anderweit eine Stellung zu verschaffen. Noch im letzten Augenblick gelang ihm das. Ein Vetter von ihm war Direktor einer großen Maschinenfabrik in einer kleineren, aber durch ihre Industrie berühmten Provinzialstadt, und dieser erklärte sich auf Graßners dringende Bitten und glänzende Empfehlungen bereit, Haltmann im Bureaudienst anzustellen. Und noch ein Weiteres tat der Rechtsanwalt. Er wandte sich persönlich an den Oberbürgermeister jener Stadt, schilderte die Verhältnisse Haltmanns und fragte an, ob dieser auch dort die Ausweisung zu gewärtigen habe. Der Oberbürgermeister antwortete, daß mit Rücksicht auf die Empfehlungen, welche Haltmann zur Seite ständen, von einem Antrag auf Ausweisung Abstand genommen werden solle; daß aber dabei die vorzüglichste Führung Haltmanns als selbverständliche Voraussetzung angenommen werde, und daß man sich für den Fall, daß Haltmann sich irgend etwas zuschulden kommen lasse, die geeigneten Schritte vorbehalten müsse. Das müsse man um so mehr tun, als gerade in einer Industriestadt, wie X. sei, alle möglichen zweifelhaften Elemente zusammenzuströmen pflegten. Was die Führung Haltmanns betraf, so war Graßner darüber völlig beruhigt; er hatte die feste Ueberzeugung, daß er hier einen ehrlich ringenden und kämpfenden Menschen vor sich hatte, der vom rechten Wege nicht mehr abweichen würde. In diesem Vertrauen ließ er den jungen Mann ziehen.

„Sie wissen," sagte er zu ihm, „daß ich Sie nur deshalb gehen lasse, weil ich dazu gezwungen bin. Warten Sie zwei Jahre, dann kann Sie hier niemand mehr ausweisen — und Sie werden zu dieser Zeit Ihre alte Beschäftigung bei mir vorfinden."

Tief bewegt schlug Haltmann in die dargebotene Hand ein und verabschiedete sich von seinem Chef. Als Haltmann das Haus verließ, in welchem er in Arbeit, Fleiß und Treue seine neue Existenz hatte aufbauen wollen, war es ihm zumute, als schlossen sich hinter ihm die Pforten eines Paradieses.

Als er hinüberkam in seine Wohnung, kam ihm der Geldbriefträger auf der Treppe entgegen. „Ich wollte eben zu Ihnen in Ihr Bureau," sagte er, „da ich Sie hier nicht antraf."

„Was haben Sie denn?" fragte er erstaunt.

„Einen Geldbrief über dreihundert Mark!"

Er händigte ihm das Schriftstück aus. Einen Augenblick schwankte Haltmann. Dann setzte er rasch und entschlossen seinen Namen unter das Quittungsformular, und hastig sprang er die Stufen zu seiner Wohnung empor.

Er hatte Marie Sanders geschrieben, daß der Ausweisungsbeschluß rechtskräftig geworden sei, und daß er morgen abreisen müsse; er hatte sie gebeten, ihm noch einmal eine Zusammenkunft zu gewähren.

Rund hielt er die Antwort in seinen Händen. In seinem Zimmer angekommen, öffnete er sogleich den Brief. Drei Einhundertmarkscheine lagen darin sowie ein Schreiben. Er las:

Lieber Freund und Schicksalsgefährte!

Daß die hohe Polizei Sie ausgewiesen hat, ist eine Barbarei. Da Sie selbst sagen, daß gegen diese behördliche Weisheit nichts zu machen ist, so werden Sie eben gehen müssen. Wenn Sie auch eine neue Stellung durch die Güte Ihres Chefs gefunden haben, so weiß man doch nicht, was da wieder passieren kann, und ob nicht irgendeiner von den weisen Leuten, die das Gras wachsen hören, sich findet, der es für impertinent hält, daß ein gefallener Mensch den Wunsch haben kann, ehrlich verdientes Brot zu essen. Darum ist es gut, wenn Sie für alle Fälle einen genügenden Geldbetrag in Händen haben. Ich sende also von meiner Schuld weitere dreihundert Mark — verlieren Sie kein Wort darüber, wenn nicht unsere Wege geschieden sein sollen! Zu einer Rücksprache und zum Abschied erwarte ich Sie heute abend um acht Uhr im Café Elsner. Bis dahin leben Sie wohl!

Marie Sanders.

Kopfschüttelnd steckte Karl Haltmann das Geld ein. Dann ging er zur Bank und erhob die übrigen sechshundert Mark, die er dort deponiert hatte. Klopfenden Herzens sah er darauf der Abendstunde entgegen, die ihm Marie Sanders für das Zusammentreffen bestimmt hatte. Das Café Elsner war eigentlich nur eine Konditorei, die regelmäßig nur nachmittags vom besten Publikum der Residenz besucht wurde, abends dagegen selten Gäste in ihren Räumen sah. Marie Sanders erwartete ihn bereits; sie saß ganz allein in einem kleinen Nebenzimmer, las eine Zeitung und trank ihren Tee.

(Fortsetzung folgt.)

und Begräbniskassen, denen auch andere als Gewerkvereinsmitglieder angehören.

Die Ausgaben der Gewerkvereine für Arbeitslosenunterstützung betragen 226 777 Mk., für Reiseunterstützung 18 412 Mark, für Umzugsunterstützung 20 886 Mk., für Notfallunterstützung 34 195 Mk. und für Invalidenunterstützung 16 586 Mark, für Streikunterstützung 348 939 Mk., für Bildungszwecke 22 195 Mk., für Agitation und Reisen 206 269 Mk., für Generalversammlungen und Konferenzen 11 847 Mk., für Zeitungen 122 900 Mk., für Verwaltungskosten 336 210 Mk., für Arbeitsvermittelung, Drucksachen und Agitationsmaterial 34 270 Mk., für Beiträge an Ortsverbände und Gewerkvereinsverband 47 571 Mk. und für Rechtsschutz 11 791 Mk. Für Krankenunterstützung und Beihilfe in Sterbefällen, den Unterstützungsarten, deren Ausgaben wahrscheinlich ganz oder doch zum größten Teil den Kranken- und Begräbniskassen der Gewerkvereine zuzurechnen sind, waren die Ausgaben 766 530 Mark und 119 932 Mark. Man darf also nach diesen Angaben die wirklichen Gesamtausgaben und dementsprechend auch die Einnahmen der Gewerkvereine um etwa 866 000 Mk., also um etwa 40 Proz. reduzieren.

Die **christlichen Gewerkschaften** geben für das Jahr 1912 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 344 687 (1911: 340 957) und für den Jahresschluß eine solche von 350 930 (1911: 350 574) an. Die Zunahme beträgt also im Jahresdurchschnitt 3730 und bis Jahresschluß 356 oder 1,09 bezw. 0,10 Proz., bleibt also weit hinter derjenigen der freien Gewerkschaften zurück. Diese Erfahrung mag für die christlichen Gewerkschaften, die sich die Aufgabe gestellt haben, als rettender Damm gegen die Hochflut der „sozialdemokratischen" Gewerkschaften zu dienen, recht schmerzlich sein, ganz besonders schmerzlich im Berichtsjahre, in dem es ihnen gelang, eine so aussichtsvolle Lohnbewegung im deutschen Bergbau durch ihren Verrat zunichte zu machen und die Sache der Bergarbeiter auf Jahre hinaus zu schädigen, — sie beweist indes, daß die deutsche Arbeiterschaft das Wesen der Gewerkschaften richtiger beurteilt, als dies im Lager der christlichen Führer und ihrer römisch-katholischen Drahtzieher geschieht.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichneten seit dem Jahre 1900 an Mitgliedern:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1900	159 770	1907	354 760
1901	160 772	1908	264 519
1902	179 799	1909	270 751
1903	192 617	1910	295 129
1904	207 484	1911	340 957
1905	265 032	**1912**	**344 687**
1906	320 258		

Die Mitgliederzahlen der einzelnen christlichen Gewerkschaften betrugen:

Bergarbeiter 76 988 (— 6600), Bauarbeiter 43 691 (+ 3736), Metallarbeiter 42 644 (+ 1391), Textilarbeiter 39 903 (— 2494), Eisenbahner, Bayerische 26 785 (+ 1), Eisenbahnhandwerker und -arbeiter 20 941 (— 1253), Staats-, Gemeinde-, Verkehrsarbeiter 17 856 (+ 2110), Holzarbeiter 17 280 (+ 1818), Heimarbeiterinnen 8188 (+ 1189), Keram- und Steinarbeiter 7411 (+ 808), Tabakarbeiter 7388 (— 469), Lederarbeiter 5756 (+ 372), Schneider 4742 (+ 449), Maler 4514 (+ 484), Eisenbahner, Württembergische 3886 (+ 622), Telegraphenarbeiter 3302 (— 27), Buchdrucker (Gutenbergbund) 3239 (+ 169), Nahrungs- und Genußmittelindustrie 2968 (+ 308), Gasthausangestellte 2773 (+ 564), Graphischer Zentralverband 1993 (+ 368), Krankenpfleger 1620 (+ 166), Eisenbahner, Mecklenburgische 987, Gärtner 819 (+ 18).

Die gesamten Einnahmen der christlichen Gewerkschaften sind von 6 243 643 Mk. auf 6 608 350 Mk. gestiegen, die Gesamtausgaben von 5 299 781 Mk. auf 5 222 727 Mk. zurückgegangen, die Vermögensbestände von 7 082 942 Mk. auf 8 575 658 Mk. angewachsen.

Von den Einnahmen entfielen 50 866 Mk. (1911: 52 556 Mark) auf Aufnahmegebühren, 5 966 965 Mk. (5 629 651 Mk.) auf Beiträge, 39 151 Mk. (49 724 Mk.) auf Extrabeiträge und 551 368 Mk. (511 711 Mk.) auf sonstige Einnahmen.

Die Ausgaben verteilen sich auf Verbandsorgane 549 973 Mark, Agitation 670 024 Mk., Streik- und Gemaßregeltenunterstützung 654 323 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 201 223 Mk., Krankenunterstützung 761 293 Mk., Sterbeunterstützung 205 083 Mk., Rechtsschutz 116 703 Mk., Sonstige Unterstützungen 57 611 Mk., Bibliothek und Bildungszwecke 133 267 Mk., Gesamtverbandsbeitrag 93 382 Mk., Gehälter 170 754 Mk., Verwaltung 259 936 Mk., Anteil der Lokalkassen 1 145 722 Mk., Sonstige Ausgaben 203 028 Mk.

Stellt man für die sogenannten unabhängigen Gewerkschaften und Lokalvereine, von denen für das Jahr 1912 noch keine zuverlässigen Mitgliederzahlen vorliegen, die Ziffern des Jahres 1911 mit 272 517 Mitgliedern ein, so umfaßt die gesamte Gewerkschaftsbewegung im Deutschen Reiche 3 266 819 Mitglieder. Gegenüber dem Vorjahre, in welchem 3 042 203 Mitglieder gezählt wurden, ist eine Zunahme von 224 616 zu verzeichnen, von denen 209 404 oder 93,2 Proz. auf die freien Gewerkschaften entfallen. Die gesamten Einnahmen aller Gewerkschaften betragen 89 628 266 Mk. (1911: 80 953 814 Mark), die gesamten Ausgaben 68 673 714 Mk. (1911: 67 629 149 Mk.) und die gesamten Vermögensbestände 91 202 295 Mk. (1911: 70 878 305 Mk.) In diesen Zahlen sind die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände der unabhängigen, syndikalistischen und lokalen Gewerkschaften nicht enthalten, in den Einnahmen und Ausgaben aber auch diejenigen der Hirsch-Dunckerschen Kranken- und Begräbniskassen.

Im Jahre 1900 entfielen von je 100 Mitgliedern aller drei Gewerkschaftsrichtungen 73,0 auf die freien Gewerkschaften, 9,8 auf die Gewerkvereine und 17,2 auf die christlichen Gewerkschaften. Im Jahre 1911 hatten die freien Gewerkschaften 80,2, die Gewerkvereine 3,8 und die Christlichen 16,0 Prozent der Mitglieder. 1912 stand das Verhältnis sogar wie 84,8 : 3,4 : 11,8. So ist der Anteil der gegnerischen Gewerkschaftsgruppen trotz aller ihrer gehässigen Agitation, trotz ihrer Terrorismusmärchen und trotz der ihnen von bürgerlicher Seite zuteil gewordenen Unterstützung fortgesetzt im Rückgange begriffen und die freien Gewerkschaften kann heute weniger als jemals der Anspruch bestritten werden, die wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse zu sein. Damit werden sich unsere Gegner und ihre vermögenden Gönner je länger um so mehr abfinden müssen.

Gewerkschaftsbewegung.

Tarifabschlüsse im Dachdeckergewerbe. Vor kurzem wurde in Oelde i. W. erstmalig für das Dachdeckergewerbe ein Vertrag zwischen dem Zentralverband der Dachdecker und den dortigen Meistern abgeschlossen. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 1. April 1917. Der Lohn steigt in dieser Zeit von 55 auf 57 Pfg. Ferner wurden alle übrigen Positionen des Tarifs wesentlich verbessert. Die Gesellen mußten aber den Unternehmern erst durch einen zweitägigen Streik klar machen, daß diese Verbesserungen der Zeit entsprechend sind. — Nach langwieriger Verhandlung kam auch in Bremerhaven ein Tarif zustande. Dort steigen die Löhne in der Vertragszeit bis 1916 um 11 Pfg.; 1913 um 2 Pfg.; 1914 um 4 Pfg.; 1915 um 5 Pfg. Vom 1. April 1915 ab tritt dann auch eine Arbeitszeitverkürzung von ½ Stunde täglich in Kraft. Der Stundenlohn steigt damit von 61 auf 72 Pfg. Der Vertrag gilt für die drei Städte: Bremerhaven, Lehe und Geestemünde.

Die Polizei im Kampf gegen streikende Arbeiter. In Dublin befinden sich die Straßenbahner im Streik. Am Sonnabend ist es nun zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Volksmasse und der Polizei gekommen, die an die seinerzeitigen Ereignisse in Johannisburg erinnern. Tausende Personen versammelten sich am Sonnabend auf Liberty Hall, die Polizei trieb sie jedoch mit Knütteln auseinander. Dabei wurden über hundert Personen verletzt. 60 bis 70 Personen mußten gestern Abend im Krankenhaus behandelt werden, davon liegen **3 oder 4 mit gespaltenem Schädel im Sterben.** — Der Kampf der Behörden richtet sich vor allen Dingen gegen die schnell angewachsene irische Transportarbeitergewerkschaft, die jetzt 20 000 Mitglieder zählt und jede Woche 1000 neue gewinnt. Fünf der Führer, darunter Larkin, der Sekretär der Transportarbeiter, wurden am letzten Donnerstag wegen Hochverrats verhaftet, weil sie Drohungen ausgestoßen haben sollen, die die aristokratischen Führer der konservativen Nordirländer seit Monaten täglich gebrauchen, ohne daß ihnen irgend etwas geschähe. Die verhafteten fünf Arbeiterführer wurden am Freitag gegen Stellung einer Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt, aber Sonnabend wieder verhaftet. Einer von ihnen, der Gemeinderat Connolly, wurde wegen Aufreizung zur Empörung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Larkin scheint sich der Wiederverhaftung bis jetzt entzogen zu haben. Er hat erklärt, daß er tot oder lebendig an einer Dubliner Massenversammlung teilnehmen wird, die vom Obermagistrat der Stadt verboten worden ist. Nach einer Meldung des „Daily Citizen" marschieren große Trupps Landarbeiter nach Dublin, um an der Massenversammlung, zu der man 50 000 Menschen erwartet, teilzunehmen. Dublin steckt gegenwärtig voller Polizisten und Gendarmen und das Militär wird bereit gehalten. Der Statthalter hat sich geweigert, das Versammlungsverbot rückgängig zu machen.

Militärboykott über ein Gewerkschaftshaus. Zwölf Jahre besteht das Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M. Niemals ist in den vielen Jahren die Militärbehörde auf den Gedanken gekommen, den Soldaten das Betreten des Hauses zu verbieten. Bei Festlichkeiten und besonders an den Feiertagen, wenn die auswärts dienenden Frankfurter im bunten Rock auf Urlaub kamen, lenkten sie gern ihre Schritte der Stätte zu, die ihnen vertraut war. Kürzlich hat Frankfurt einen neuen Garnisonältesten bekommen und dieser will den Verkehr der Soldaten im Gewerkschaftshause nicht mehr sehen. Die Verwaltung des Gewerkschaftshauses erhielt in diesen Tagen folgenden Brief von dem Herrn Elstermann v. Elster:

Garnison-Kommando Frankfurt a. M.

Den Militärpersonen habe ich unterm heutigen Tage den Besuch sämtlicher Räume des Gewerkschaftshauses wegen des daselbst stattfindenden regen Verkehrs der sozialdemokratischen Partei verboten.

Elstermann von Elster,
Generalmajor als Garnisonältester.

Daß solche Verbote auch von dem Standpunkt, der glaubt, die Fernhaltung der Soldaten von Gewerkschaften und Sozialdemokraten sei höchste Pflicht, völlig wertlos sind, sollte man eigentlich in den vielen Jahren, seit denen die Militärbehörden sich in der Verhängung des Boykotts üben, eingesehen haben.

Die geplante Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiter erfährt weitere Anfeindungen namentlich in Unternehmerorganen. So schreibt jetzt die „Köln. Ztg.", das Organ der rheinischen Großindustriellen, in einer Polemik über die Ziele der christlichen Gewerkschaften folgendes: „Ist es aber nicht eine Provokation, wenn in dem Aufruf des christlichen Gewerkvereins der Bergarbeiter zur Herstellung einer gemeinsamen Kampfesfront gegen das rücksichtslose Scharfmachertum, dem jedes Recht der Arbeiter ein Greuel sei, aufgefordert wird? Dieser provokatorische Aufruf steht im schärfsten Gegensatz zu den Zielen, die bei der Gründung des christlichen Gewerkvereins gesteckt worden waren. Damals war erklärt worden, daß diese christlichen Gewerkschaften zur Anbahnung und Erhaltung einer friedlichen Uebereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dienen sollen. Heute, wo es gilt, wieder eine Anbahnung an die Genossen zu finden, spricht der Vorsitzende des Gewerkvereins von dem rücksichtslosen Scharfmachertum, dem jedes Recht der Arbeiter ein Greuel sei. Dieser Kampfruf, der gerade im Ruhrbergbau so unberechtigt wie nur irgendwo ist, entspricht sehr wenig dem Worte christlich. Dieses Verhalten der christlichen Bergarbeiterführer hat dem Ansehen der christlichen Gewerkschaften, vor allem im Ruhrgebiet, ungemein geschadet. Darin liegt auch der wesentliche Grund, warum man im Ruhrgebiet dem Aufruf des Gewerkvereins allenthalben mit so großem Mißtrauen begegnet ist." Daß der Aufruf im Ruhrrevier großem Mißtrauen begegnete, lebt wohl mehr in der Phantasie des Unternehmerblattes. Der Wunsch ist hier der Vater des Gedankens. Den Unternehmern wäre eine geschlossene Kampfesfront der Bergarbeiter sehr unangenehm; das glauben wir gern.

Soziales.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Berlin. Das Nachrichtenbureau des Berliner Magistrats teilt mit, daß dieser schon im Frühsommer die Verwaltungen angewiesen habe, unverzüglich Vorbereitungen zu treffen, um so viel als möglich Arbeiten im kommenden Winter in Angriff nehmen zu können. Auf Grund dieser Verfügung haben die Verwaltungen über die getroffenen Maßnahmen berichtet und es ergibt sich aus diesem Bericht, daß eine größere Menge von städtischen Arbeiten demnächst zur Vergebung gelangen. Dabei soll Vorsorge getroffen werden, daß auch möglichst über den Winter hinaus eine gesteigerte Ausführung städtischer Arbeiten möglich ist. Es sollen nur Arbeiter als Hilfskräfte in den städtischen Dienst genommen werden, die in Berlin ortsansässig sind und hierbei sollen wiederum nur solche Personen bevorzugt werden, die Familien haben und längere Zeit in Berlin ansässig sind. — Am 13. September wird eine Konferenz der Gemeinden des Zweckverbandsgebietes stattfinden, in der die Frage einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung zur Erörterung kommt. Der Berliner Magistrat ist der Meinung, daß der Zweckverband zur Durchführung einer solchen Arbeitslosenversicherung nicht zuständig sei.

Wohlfahrtsplage. Der erzgebirgische Marktflecken Schönheide ist bekannt als ein Hauptsitz der Bürstenindustrie. Es existieren dort einige Großbetriebe dieser Branche, deren Inhaber große Reichtümer erworben haben. Die Arbeiter allerdings werden ganz miserabel entlohnt. Ist die Bürstenmacherei an sich schon ein Elendsberuf, so gehören die Schönheider Bürstenmacher zu den am schlechtesten gestellten Berufsgenossen in Deutschland. Es könnte wundernehmen, daß trotz der schlechten Erwerbsverhältnisse der Nachwuchs immer wieder in die Bürstenfabriken strömt. Dieses Rätsel findet seine Lösung, wenn man die Mittel betrachtet, mit denen die Arbeiter an die Fabriken gefesselt werden. Typisch hierfür ist eine Bekanntmachung der Firma Flemming, in der es heißt:

„Unterzeichneter dieses muß notgedrungen mit aller Strenge verlangen, daß diejenigen Kinder, von denen Vater oder Mutter in der Fabrik arbeiten, auch bei uns in Arbeit treten, und würden wir uns genötigt sehen, bei dem Gegenteil entsprechende Maßregeln zu ergreifen. Es wäre doch auch ganz widersinnig, wenn Vater oder Mutter in unserer Fabrik einen schönen einträglichen Posten bekleiden und die Kinder wollten etwas anderes und nichts Besseres lernen oder gar in andere Fabriken gehen. Die Eltern müßten dann eben auch dorthin gehen. Ich hoffe also bestimmt, daß ich wegen dieser Angelegenheit zu Ostern mit betreffenden Eltern keine Differenzen habe und daß ich sämtliche Kinder in die Fabrik hereinbekomme."

Dieser Ukas ist zwar schon im Jahre 1905 herausgekommen, aber es wird dort noch heute nach den gleichen Grundsätzen verfahren, wie das folgende zeigt.

Natürlich machen die Schönheider Bürstenfabrikanten auch in „Wohlfahrtspflege". Insbesondere stellen sie ihren Arbeitern Wohnungen zur Verfügung, die freilich oft den bescheidensten hygienischen Anforderungen nicht genügen. Der empfindliche Wohnungsmangel am Ort zwingt aber die Arbeiter, von dieser „Wohltat" Gebrauch zu machen.

Welche Fesseln den Arbeitern damit angelegt werden, illustriert folgender Brief:

Schönheide, den 9. August 1913.

Herrn . . . . . .

Da heute Ihre Tochter . . . . . gekündigt hat, und zwar ohne jedweden Grund, und nun weiter niemand von Ihnen bei uns arbeitet als Ihr Sohn, so können wir auch Ihre jetzt innehabende Wohnung in unserem Hause für Arbeiter, die bei uns arbeiten und alle ihre Kinder bei uns arbeiten lassen, besser verwerten, weswegen wir uns genötigt sehen, Ihnen das Logis unter heutigem Tage zu kündigen und wäre die Wohnung dann uns am 6. September a. c. abends als geräumt zu übergeben. Sollte Ihre Tochter die Kündigung nächsten Montag zurücknehmen, würden wir uns dann bereit erklären, die Wohnungs-Kündigung ebenfalls zurückzunehmen.

Eine Hand wäscht die andere!

Sächs. Kardätschen-, Bürsten- und Pinselfabrik.
Ed. Flemming u. Co., Kommandit-Gesellschaft.
gez. Ed. Flemming.

Die junge Arbeiterin wollte ihren Arbeitsplatz wechseln, weil sie bei der Firma Flemming nicht genug verdient. Der Unternehmer stellt nun die Eltern des Mädchens vor die Wahl, ihm ihr Kind zur weiteren Ausbeutung zu überantworten, oder mit seiner ganzen Familie auf die Straße gesetzt zu werden. Man kann dem Bürstenfabrikanten Flemming eigentlich Dank wissen für die brutale Offenheit, mit welcher er Maßnahmen trifft, die andere „Wohltäter" vom gleichen Schlage sorgfältig zu verbergen bemüht sind.

Aus Nah und Fern.

Der Leichenfund am Brieskower See. Einer Meldung aus Berlin zufolge ist der Leichenfund am Brieskower See jetzt teilweise aufgeklärt. Es ist ermittelt worden, daß es sich um den 33jährigen Ungarn Wladimir Geszersky aus Kutaszkivie in Galizien handelt. Dieser erhielt wahrscheinlich von einem Konsulatssekretär die bei der Leiche gefundene Visitenkarte als Empfehlung. Da der tot Aufgefundene sich noch am 18. August auf See befand, kann er frühestens vor 8 Tagen in Bremerhaven eingetroffen sein. Wahrscheinlich fuhr er dann, wie der Lokalanzeiger berichtet, von dort nach Berlin und machte hier die Bekanntschaft der Männer, die ihn verschleppten und beraubten. Unter den zerrissenen Papieren wurden auch Teile einer Photographie gefunden, die, soweit sich nach der Zusammensetzung feststellen ließ, eine Aufnahme von mehreren Leuten darstellt, die sich auf die Reeling eines Dampfers lehnen. Nach dem Inhalt zweier, an Bord des Schiffes nach Neuyork aufgegebenen drahlosen Telegramme wird geforscht. Die Quittungen über die Telegramme wurden bei den Papieren vorgefunden.

Familiendrama. Der Maschinenschlosser Artouvara hat in Telfs nach vorangegangenem Streit seine von ihm geschiedene Frau und seine 28 Jahre alte Tochter durch Revolverschüsse getötet und sich darauf durch 2 Schüsse selbst entleibt.

O welche Lust, Soldat zu sein. Bei den Divisionsübungen in der Gegend von Lissa wurden sechs Mann vom 5. Pionierbataillon vom Hitzschlag getroffen. Sie wurden in das Garnisonlazarett gebracht. Ihr Zustand ist ernst.

Zusammenstoß zweier Autos. Man meldet aus Lübben: Bei dem Versuch, ein Automobil zu überholen, fuhr am Sonntag gegen 7 Uhr abends ein Auto gegen das vor ihm fahrende. Bei dem Anprall wurde das überholende Automobil vollständig zertrümmert. Von den Insassen wurden, der „Morgenpost" zufolge, eine Dame sofort getötet und ein Herr schwer verletzt.

Auf dem Inn ertrunken. Eine aus sieben Personen bestehende Innsbrucker Gesellschaft unternahm am Sonntag eine Kahnfahrt auf dem Inn gegen Kufstein zu. Gegen 4 Uhr nachmittags fuhr das Boot in der Nähe von Kirchbiehl bei Woergl infolge der starken Strömung an einen Pfeiler und kippte um. Von den Insassen konnten sich nur vier Personen durch Schwimmen retten; die anderen ertranken. Die Ertrunkenen sind der Lithograph Emil Epstude-Berlin, der Gewerbeschüler Paul von Althausen und die Frau eines der Geretteten.

Liebesdrama? Auf dem Chiemsee erschossen sich in einem Boote ein Wiener Finanzkommissär und eine unbekannte Frau. Die Leichen fielen ins Wasser.

Im Streit erschlagen. Sonntag abend gegen 10 Uhr geriet der Weißbinder Max Schremmel in Frankfurt a. M. mit seiner Frau in Streit. Er schlug sie mit einem Fußschemel nieder. Der Frau wurde der Schädel gespalten. Der Tod traf auf der Stelle ein.

Eine Rabenmutter. Die „Neue Badische Landeszeitung" meldete: Die Ehefrau des Kernmachers Freiler in Mannheim ermordete ihre beiden Kinder im Alter von 1½ und 3 Jahren und verübte dann Selbstmord. Die Frau durchschnitt dem jüngeren Kinde den Hals, sodaß es sofort war. Das ältere Kind, welchem sie beide Arme am Oberarm abtrennte, starb bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Der Grund zur Tat soll in Streitigkeiten mit den Verwandten zu suchen sein.

Ein siebenjähriger Knabe als Mörder. Eine entsetzliche Bluttat beging in Rheinhausen bei Regensburg ein offenbar geistesgestörter siebeneinhalb Jahre alter Knabe. Er schlachtete die zweieinhalb Jahre alte Tochter des Tagelöhners Braun buchstäblich, nachdem er das Mädchen vorher durch Schläge mit einem Holzknüttel betäubt hatte. Mit einer Hacke spaltete er dem Kinde dreimal den Kopf, hackte Arme und Beine ab und versteckte die einzelnen Körperteile. Noch bei Ausführung der Tat wurde er überrascht und gestand lachend die Tat ein.

Ein verwegenes Experiment hat der Flieger Pegoud erfolgreich ausgeführt. Er ließ das Flugzeug, einen neukonstruierten Bleriot-Eindecker, aus tausend Meter Höhe sich überstürzen. Es gelang ihm dann, das Flugzeug wieder in die normale Lage zu bringen und endlich glatt zu landen.

Doppelselbstmord. Eine Liebestragödie hat in Plötzensee ihren Abschluß gefunden. In der Nähe von Saatwinkel wurden die Leichen eines jungen Mädchens und eines Mannes aus dem Spandauer Schiffahrtskanal gelandet. Wie die polizeilichen Ermittelungen ergaben, sind die Toten ein 19 Jahre alter Kutscher Max Kakuschki und dessen Geliebte, das 17 Jahre alte Dienstmädchen Anna Birkholz. Beide sind gemeinsam ins Wasser gegangen, weil sich einer Verheiratung Hindernisse in den Weg stellten. In einem hinterlassenen Briefe bitten sie, in einer gemeinsamen Gruft beigesetzt zu werden.

Das unselige Messer. In der Nacht vom Sonntag zum Montag entstand in Barmen zwischen vier Italienern und mehreren jungen Leuten aus Barmen und Elberfeld ein Streit. Nach einem kurzen Wortwechsel, der sich aus geringfügiger Ursache entwickelt hatte, kam es zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf ein Italiener zu einem dolchartigen Messer griff und wie besessen um sich stach. Ein 22 Jahre alter Bandwirker erhielt einen Stich in den Hals, der ihn so schwer verletzte, daß er nach wenigen Minuten verstarb. Zwei andere Arbeiter erhielten lebensgefährliche Stiche in den Rücken. Der Täter konnte nur mit Mühe überwältigt und verhaftet werden.

Opfer des Bergsports. Der Assistent Ritzler stürzte am Sonntag von der großen Feldspitze in den Mallnitzer Tauern über eine 300 Meter hohe Felswand ab. Die Leiche ist noch nicht geborgen worden.

Unterschlagungen eines Siebzehnjährigen. Aus Beuthen hat gestern der siebzehnjährige Bureaugehilfe Tnura von der Paulushütte mit 18 000 Mk., die zur Vorschußauszahlung für die Arbeiter bestimmt waren, die Flucht ergriffen.

Einsturz einer Zuschauertribüne. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonntag während eines Rennens auf dem Rennplatze Craponaes unweit Lyon. Während des dritten Rennens stürzte die Tribüne des Sattelplatzes ein und begrub Hunderte von Zuschauern unter sich. Im Publikum entstand eine große Panik. Die Feuerwehr, die sofort alarmiert wurde, begann unverzüglich mit den Rettungsarbeiten und es zeigte sich, daß zwar niemand getötet war, jedoch zwölf Personen schwere Verletzungen erlitten hatten, während gegen 20 mit Quetschungen davonkamen.

Nahezu ½ Million unterschlagen. Nach den nunmehr aus Helsingfors eingetroffenen Nachrichten ist die Unterschlagung bei der dortigen Elektriska Aktiebolaget in der Weise ausgeübt worden, daß die Kassiererin unrechtmäßigerweise Beträge an den Inhaber einer dortigen Firma, der früher in der Elektriska tätig war, abführte. Der in Frage kommende Betrag von etwa 480 000 Mark ist durch Beschlagnahme oder Pfändung der Aktien der an dem Betrug beteiligten Firma und durch das Eintreten der Familie der schuldigen Beamtin schon jetzt zum erheblichen Teil gedeckt. Für den Rest würden eventuell die Rückstellungen der Helsingforser Gesellschaft herangezogen werden.

Arbeitsrechtliche Wirkungen aus § 154 der Gewerbeordnung.

Die am 1. Januar 1910 in Kraft getretene Gewerbeordnungsnovelle vom 28. Dezember 1908 enthält in dem abgeänderten § 154 Abs. 1 u. a. folgende Vorschrift: „Von den Bestimmungen im Titel VII finden keine Anwendung: 4. Die Bestimmungen der §§ 135 bis 139a auf Gärtnereien ...“ Damit wird ausgesprochen, daß alle anderen Bestimmungen, die hier nicht ausdrücklich ausgenommen worden sind, auf Gärtnereien ganz allgemein Anwendung finden, d. h. auf Gärtnereien, die gewerbsmäßig betrieben werden. So wird man aus dem Gesetzestext zu schlußfolgern haben, und man kommt zu dieser Schlußfolgerung auch, wenn man sich die Umstände vergegenwärtigt, aus denen heraus diese Vorschrift entstanden ist. Nichts destoweniger haben eine Anzahl Kommentatoren der Gewerbeordnung und des Gewerbegerichtsgesetzes erklärt, diese Vorschrift ändere an dem bisherigen Zustand im Arbeitsrecht der Gärtner, der ein einziger Rechtswirrwarr gewesen ist, durchaus nichts. Es war nun abzuwarten, wie die gerichtliche Praxis sich dazu verhalten würde. Anfänglich schien es, als neige sie mehr der letzteren Anschauung zu. Jetzt aber scheint sich ein allgemeiner Umschwung zugunsten der ersteren zu vollziehen. Von neuesten Entscheidungen sei hier ein Urteil des Landgerichts Leipzig, verkündet am 28. Juni 1913, angeführt, das sich wie folgt äußert: „Die Frage, ob und inwieweit Gärtnereien der Gewerbeordnung unterstehen, wird seit der Novelle vom 28. Dezember 1908 überwiegend dahin beantwortet, daß nur der feldmäßig betriebene Anbau von Pflanzen nicht unter die G. O. fällt, daß aber im übrigen die Kunst- und Handelsgärtnerei in allen ihren Zweigen als Gewerbe angesprochen wird, also im besonderen auch, soweit sie Urproduktion sind.“ Und genau in demselben Sinne führt ein am 9. August 1913 vom Gewerbegericht Charlottenburg erlassenes Urteil aus, das in einer Schlußwendung noch besonders betont, das Gewerbegericht verlasse damit bewußt und absichtlich seinen bisherigen prinzipiellen Standpunkt, der auf der früheren Lage der Gesetzgebung beruhte; seit der Novelle von 1908 sei aber die Gesetzgebung anders auszulegen. Beide Urteile berufen sich nebenbei auch noch auf den bekannten v. Landmannschen Kommentar der G.-O., 6. Auflage, und auf zwei am 29. November 1911 und am 20. März 1912 vom Dresdener Oberlandesgericht in demselben Sinne gefällte Urteile. Die sächsischen ordentlichen Gerichte haben in der letzten Zeit überhaupt mehrfach Urteile in Sachen des Gärtnerrechts erlassen und alle in dem hier erwähnten Sinne.

Trotz dieser an sich recht günstigen Entwicklung der Rechtspflege, die geeignet ist, einen Rechtswirrwarr, gegen den die Gärtner schon seit nahezu zwei Jahrzehnten einen erheblichen Teil ihrer Kampfeskraft aufwenden, endlich zu beseitigen und klarere und bessere Zustände hinsichtlich ihres Arbeitsrechts herbeizuführen, erwachsen auch jetzt noch den Gärtnern vielfach erhebliche Schwierigkeiten bei den Gewerbegerichten. Gerade die Gewerbegerichte scheinen sich am schwersten zu bequemen, die aus § 154 G. O. zu folgernde neue Rechtslage anzuerkennen, denn noch fortgesetzt gehen der Gärtnerorganisation Mitteilungen zu, wonach Gewerbegerichte sich geweigert haben, Klagen aus dem Arbeitsverhältnis der Gärtner anzunehmen oder über diese in Verhandlungen einzutreten. Und selbst Arbeitnehmerbeisitzer der Gewerbegerichte stützen diesen Widerstand. Es muß deshalb wiederholt darauf aufmerksam gemacht werden, daß einschlägiges Material, im besonderen die Wortlaute der schon ergangenen neueren Urteile, jederzeit vom Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein, Berlin, Luisenufer 1, gern zur Verfügung gestellt wird. Im übrigen enthält auch die Arbeiterrechtsbeilage des Korrespondenzblattes der Generalkommission, Jahrgang 1913 Nr. 1, einen diesbezüglich unterrichtenden Aufsatz.

Genossenschaftsbewegung.

Die Brotfabrikanten und die Hygiene. Gegenüber dem Leiter des Bielefelder Nahrungsmittelamts, Dr. Treue, der sich erlaubt hat, die mangelnde Sauberkeit in manchen Bäckereien zu tadeln und weitgehende hygienische Forderungen bezüglich der Behandlung von Backwaren zu stellen, die sich nicht nur auf die Zustände in den Bäckereien, sondern auch auf das Ausfahren und Austragen des Brotes erstrecken, bemerkt der „Brot-Fabrikant“:

Jawohl, unser Brot bedarf eines größeren Schutzes, sagen auch wir, aber in demselben Maße, wie ihn Herr Dr. Treue wünscht, bedarf es des Schutzes vor der klappernden Furcht überempfindlicher und durch überspannte hygienische Flausen verrückt gemachter Menschen.

Herr Dr. Treue will dann noch eine gesetzliche Bestimmung, nach der alle Personen, welche Nahrungs- und Genußmittel herstellen, verarbeiten, feilhalten oder verkaufen, vor Übernahme ihrer Tätigkeit und nach je drei Jahren durch Attest des Kreisarztes den Nachweis erbringen müssen, daß sie und die Angehörigen ihres Hausstandes frei von übertragbaren Krankheiten sind. Man sieht, Herr Dr. Treue hat recht viel am Bäckergewerbe auszusetzen, recht viel Wünsche. Und sind diese auf Grund von Reglements und Paragraphen alle erfüllt, ist jedes Privathaus, jede Hotelküche und jede Werkstatt der Bäcker unter eine neue Polizeiaufsicht gestellt, ob dann die Menschen wohl 1000 Jahre alt werden? Hoffen wir, daß durch die Vorschläge die goldenen Zeiten Methusalems wiederkehren.

In diesen Zeilen spukt offenbar noch jener Geist, der in der Bäckerkrätze und ähnlichen Dingen unentbehrliche Begleiterscheinungen der Erzeugung unseres täglichen Brotes erblickte. Die Konsumenten von heute haben ja schon recht sehr mit diesem Geist aus verwichenen Zeiten aufgeräumt, obige Äußerung eines führenden Brotfabrikantenblatts scheint aber doch zu beweisen, daß sie ihm noch lange nicht forsch genug zu Leibe gegangen sind. Am wirksamsten legen sie dem gefährlichen, weil einsichtslosen Hygienefeinde das Handwerk, wenn sie „ihre eigenen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen“, wie es ihnen die Rochdaler Pioniere so eindringlich empfohlen haben.

! Nie erlahmen !

darf die Arbeiterschaft

in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist die Arbeiterpresse. Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den Lübecker Volksboten zu agitieren!

Koalitionsrecht und Konsumverein mit einem Schlage zu vernichten, haben sich Krämer in Mecklenburg vorgenommen. Die „Vereinigung zur Hebung des Mittelstandes“ für Sternberg, Brüel, Waren und Umgegend gibt Rabattmarkenbücher heraus, in denen es u. a. heißt:

Dem Inhaber dieses Buches wird am 24. Oktober der Betrag, auf den die im letzten Jahre verwendeten Marken lauten, bis zum Höchstbetrage von 25 Mk. vergütet, wenn er innerhalb des Jahres in keinem Konsumverein Einkäufe gemacht, noch hat machen lassen, und wenn er während dieser Zeit nur solchen Vereinen angehört hat, zu denen ihm der Beitritt von seinem Dienstherrn freigelassen ist.

Ganz abgesehen von der ebenso naiven wie bündigen Aufhebung des Koalitionsrechts, die diese obotritischen Krämer erzwingen zu können glauben, ist ihr Verfahren recht ungeschickt. Die Konsumenten werden sich sagen: „Woher diese rührende Sorge um unser Wohlergehen und die Zusicherung von Rabatten, seit der Konsumverein da ist? Vorher zeigten die Herren doch diese edlen Eigenschaften nicht!“ Und sie werden um so treuer zum Konsumverein halten, der dies Wunder bewirkt hat. Dieser kann ihnen nur dankbar sein für die unfreiwillige Reklame, die sie für ihn entfalten.

Kein gesetzliches Verbot der Zugaben. Die Rabattsparvereinler und ähnliche Mittelstandsleute erwarten großes Heil von einem gesetzlichen Verbote der Zugaben, wie es der bekannte preußische Landtagsabgeordnete Hammer gefordert hat. Sie haben mächtig Tamtam für diese Idee geschlagen. Allem Anscheine nach wird jedoch die „große“ Bewegung zunächst ruhmlos im Sande verlaufen. Zwar hat der Handelsminister bei den Handels- und Detaillistenkammern eine Umfrage veranstaltet behufs Feststellung, wie sich die Handelswelt zu dem gesetzlichen Vorgehen gegen das Zugabeunwesen stellen würde. Diese hat aber zu dem Ergebnis geführt, daß man an zuständiger Stelle davon absehen dürfte, ein solches Gesetz in Vorschlag zu bringen. Wie die „Deutsche Konfektion“ mitteilt, hat „die Sichtung des eingegangenen Gutachtenmaterials ergeben, daß die Für und Wider sich in gleicher Stärke gegenüberstehen, so daß es angesichts dieses zweifelhaften Ergebnisses der Umfrage gewagt erscheinen würde, ein Experiment mit einem in das wirtschaftliche Leben tief einschneidenden Sondergesetze zu versuchen. Ausschlaggebend dürfte der Umstand gewesen sein, daß von keiner Seite ein brauchbarer Vorschlag gemacht wurde, der die Beseitigung der Unsitte gewährleistet hätte, ohne für den reellen Handel hinderlich zu sein.“ Aufklärung der Käufer, wie sie die Konsumvereine mit Erfolg betreiben, genügt auch vollauf.

Standesamtliche Nachrichten

vom 24. bis 30. August 1913.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

19. August. Gasarbeiter A. J. H. Ehlers. Kaufmann J. F. A. M. Holst. 20. Weinarbeiter A. A. Skirde. Chauffeur H. Chr. F. Schwarz. Anstreicher R. L. K. Voigt. 21. Arbeiter K. J. Häsler. Goldschmied O. P. König. 22. Schlosser A. H. C. L. J. Böttcher. 23. Zimmermann H. F. A. Martens. Kaufmann W. J. J. Rode. 24. Arbeiter F. L. J. Börth. 25. Mechaniker B. H. F. Rodust. Kutscher A. H. Scharnberg in Lübeck-Vorwerk. 26. Former W. H. G. Schwarzloh. 28. Kanzlist beim Stadt- und Landamt und stellvertretender Standesbeamter H. J. A. G. H. Warncke. Handlungsgehilfe E. O. Kittelmann. 30. Straßenbahnwagenführer G. E. Reimann.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

18. August. Kutscher A. F. W. Bauer in Schönböcken. 19. Bierkutscher C. G. Bloeß. 20. Oberingenieur M. C. G. Fuhrmann. 22. Kraftwagenführer P. G. H. Prien. 23. Schlosser O. W. H. Behrens. Arbeiter W. J. H. Busch. Arbeiter W. H. J. Karberg. Arbeiter E. R. M. Malonn. 24. Arbeiter H. H. W. Beckmann. Arbeiter J. H. F. Bohnhoff. Kaufmann A. H. Ph. Hersen. 25. Eisendreher H. F. J. Schwartz. 26. Händler F. P. H. Harms. Telegraphenarbeiter F. G. A. Blanck. 28. Schuhmacher H. K. Kahle. Zimmermann C. H. M. Lehmann. Verzinner G. O. Freitag. 29. Schmiedegeselle A. L. W. Schwarz.

Angeordnete Aufgebote.

25. August. Meierist H. H. P. Schmidt und R. Sydow. Handlungsgehilfe H. G. W. R. Friedrich und A. G. Kruse. Steuermann E. R. W. Fuß, an Bord des Lübecker Dampfers „Ascania“, und F. G. J. Warneyer. 26. Arbeiter O. J. H. F. Lübbe und P. L. M. J. Hofemann. Arbeiter H. J. W. Schlichting und K. M. Chr. A. Stolten. Streckenarbeiter K. W. J. Nagel in Meierstorf und A. Th. K. Wulff in Neu-Stieten. 27. Schlossergeselle K. W. Butterbrodt in Hamburg und Ch. M. Jagietzka (Jagietka). Bäcker F. W. Albrecht in Hamburg und B. A. W. Grimm. Maschinist F. J. Krüger in Hagenow und F. G. D. Sievers. 28. Mineralwasserfabrikant F. P. Th. Hormann und H. K. G. Schult. Schlossergeselle K. P. L. Maack und M. M. M. Schwanz. 29. Ofensetzer A. F. O. Werner und Ch. A. K. Kleist. Schlossergeselle G. G. J. H. K. Lange und A. D. E. Heuer. Arbeiter H. W. J. Musfeldt in Pansdorf und G. M. Chr. Jürgens. 30. Kaufmann K. Th. Chr. Sparkuhl und M. S. E. Petersen in Dassow. Missionar A. E. H. Oesterreich in Linden und M. S. J. Anderßon. Postbote J. H. A. Haack in Hamburg und F. A. A. B. Lindenbeck.

Eheschließungen.

26. August. Privatmann A. Frankenberger und J. M. J. Viole. Maurer F. Janota und A. Vesely geb. Streitberg. 28. Kellner P. E. G. W. Radloff und M. J. Holtz. 30. Schlossergeselle P. F. H. Pump und E. Briest. Schriftsetzer F. H. Chr. Reuter und M. B. Widenka. Sergeant K. F. G. Koch und E. M. D. S. Hümpel. Arbeiter G. Gerken in Groß-Flottbeck und O. M. P. Tretow. Tischlergeselle A. J. H. Hack und L. L. E. Stau.

Sterbefälle.

23. August. D. Chr. geb. Riebeling, Witwe des Maurers J. W. Möcker (rectius Müller), 51 J. 24. A. E. C. geb. Möhlenfeldt, Witwe des Arbeiters Chr. H. M. Vader, 71 J. Fischermeister H. J. P. Witt, 74 J. (Gothmund). Arbeiter J. A. Möller, 65 J. 25. B. Beckmann, 1 Tag. 26. Ingenieur L. F. H. Kreymann, 56 J. W. Burmeister, 3 J. 27. E. M. F. P. Behrens, 4 Mt. A. M. E. Schröder, 26 J. M. E. R. Krützfeldt, 27 J. Früherer Bäckermeister C. D. L. Mahn, 65 J. B. W. Bründel, 1 Mt. F. M. G. Knies, 1 J. 28. A. A. E. Bloeß, 9 Tage. Werkführer a. D. J. J. H. Mett, 85 J. J. G. M. Frahm, 2 J. (Tremskamp). E. M. H. Perkuhn, 4 Mt. (Padelügge). M. geb. Wilson, Witwe des Kaufmannes F. J. Rübke, 83 J. (Altona a. d. Elbe). Drechslermeister C. M. J. Müller, 55 J. 29. A. Harms, 75 J. (Gnoien i. M.) Cl. D. Andresen, 39 J. F. D. C. S. geb. Warber, Witwe des Bäckermeisters A. H. F. Brüggert, 70 J. H. K. H. Becker, 4 M. O. F. L. A. H. Grall, 1 Mt. 30. M. D. E. geb. Koltz, Ehefrau des Arbeiters Ad. H. C. F. Schlack, 57 J. H. F. H. Haack, 3 J.

Quittung.

Für das Jugendheim gingen ein:

Transportarb. Bezirk Moisling	4,50	Mk.
Dampfer „Fern-Side“	1,25	„
„ „Hafnia“	0,50	„
„ „Galathea“	1,00	„
„ „Dryade“	0,80	„
„ „Idun“	0,60	„

Der Jugendausschuß.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags abends von 7½—9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote“**